

Rezensionen

Brandes, Detlef / Sundhausen, Holm / Troebst, Stefan (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag 2010, 801 Seiten, 99,- €.

Ein Gruppenbild und vier Schlüssel auf dem Cover des 800 Seiten starken Lexikons symbolisieren den erzwungenen Heimatverlust von mehr als 80 Millionen Menschen im Europa des 20. Jahrhunderts durch Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Deportation. Über 300 Artikel, verfasst von mehr als 100 Autoren aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, widmen sich den verschiedenen Aspekten der „ethnopolitisch motivierten“ und zumeist „staatlich induzierten Zwangsmigration“, die die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert kennzeichnet. Darin sollen die betroffenen ethnischen Gruppen in ihren Heimat- und Aufnahmeländern dargestellt werden, desgleichen Pläne, Konferenzen, Beschlüsse, Maßnahmen, Akteure, Begriffe sowie schließlich Ausblicke auf Erinnerungskultur und Geschichtspolitik.

Das Lexikon der Vertreibungen wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, vom Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig sowie vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Wien) gefördert. Es wendet sich – so die Herausgeber einleitend – an eine breite politisch-historisch interessierte Öffentlichkeit. Die Vertreibungsvorgänge sollen in europäisch-übernationaler Perspektive analysiert werden. Sie sollen zudem „gleichgewichtig“ behandelt werden,

auch wenn sie sich in ihren Dimensionen stark voneinander unterscheiden. Dieses Vorgehen ist weitgehend einem spezifischen, generationsbedingten Blick geschuldet, der in der zeitgeschichtlichen Forschung zunehmend *mainstream* wird.

Das Ergebnis wirft eine ganze Reihe von Fragen und Kritikpunkten auf, die hier nur angerissen werden können. Auf den ersten Blick verwundert, daß das stattliche Werk auf jede Anschaulichkeit verzichtet. Karten, Tabellen, übergreifende Statistiken, die es dem Leser erleichtern würden, die vielfältigen, oft komplizierten und sich überlagernden Prozesse von Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Deportation nicht nur geographisch einzuordnen, sondern auch in ihren Ausmaßen und Abläufen zu vergleichen, fehlen ganz. Dieses Manko wird auch nicht dadurch ausgeglichen, daß die Herausgeber auf andere kartographische Werke verweisen, wie z. B. auf die 2009/10 in Polen und Deutschland erschienene „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung: Mittel- und Osteuropa 1939–1959“.

Das lexikalische Prinzip – von „Ägypter“ bis „Zwangsassimilation“ – sieht nicht (anders als bei Handbüchern üblich) durchgängig übergreifende, inhaltlich strukturierende Beiträge vor. Mit wenigen Ausnahmen, wie dem hervorragenden Artikel von Holm Sundhausen zur „Ethnischen Säuberung“, behandeln die Hauptartikel zu den thematischen Schwerpunkten „Vertreibung“, „Vertriebene“, „Flucht“ usw. vor allem völkerrechtliche sowie sonstige juristische und definitorische Fragen. Die historischen Abläufe werden darin teils gar nicht, teils unvollständig beschrieben, die Erfahrungen der Betroffenen bleiben weitgehend außer acht.

Wer oder was ist z. B. ein deutscher Vertriebener? Ein Wesen, das unter eine Kategorie der „politischen Sprache“ fällt, die für revisionistische Forderungen und einseitige Opfermythen instrumentalisiert

werden kann? Dient es der notwendigen „Versachlichung“, wenn die Vertriebenen zu „deutschen Zwangsmigranten“ umfirmiert werden und wenn „Vertreibung“ – in Anlehnung an die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 – durch „erzwungene Wanderschaft“ ersetzt wird? Diese Begriffsakrobatik weckt Assoziationen an die Sprachregelung in der SBZ/DDR, die 1945 für die Flüchtlinge, Vertriebenen und Zwangsumgesiedelten die offizielle Bezeichnung „Umsiedler“ verordnete und damit auch deren traumatische Erfahrungsgeschichte nachträglich zu neutralisieren und zu entdramatisieren suchte (siehe die Darstellung von Michael Schwartz).

Die Thematik „Flucht“ / „Flüchtlinge“ wird in drei kurzen Stichworten abgehandelt: Sie beschreiben, neben völkerrechtlichen Normen und Statusfragen, die Schwierigkeiten der terminologischen Abgrenzung zu den Umfeldthemen „Vertreibung“, „Deportation“ usw. außerdem die Flucht von Tschechen, Juden und Antifaschisten aus den Sudetengebieten im Jahr 1938. Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges werden hier nicht erwähnt. Verstreute Informationen und Daten muß sich der Leser anderswo erschließen, z. B. im Artikel „Ostpreußen: Flucht und Vertreibung nach Deutschland“ (Andreas Kossert), in Unterabschnitten des Beitrags „Deutsche aus dem heutigen polnischen Staatsgebiet“ (Joachim Rogall), womit die ehemaligen deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße gemeint sind, oder auch im Artikel „Deutschland“ (Klaus J. Bade/Jochen Oltmer). Während „Ostpreußen“ (zu Recht) zweimal als Stichwort auftaucht, kommen Schlesien oder Pommern nicht vor.

Die Hinweise zur Vertreibung der Deutschen aus ihren traditionellen Kulturräumen und Siedlungsgebieten in Mittel-Ost-Europa sind ebenfalls parzelliert. Sie fin-

den sich teils bei den Herkunftsländern, teils bei den Aufnahmegebieten, teils bei Aussiedlungsaktionen wie die „Aktion Swallow“ sowie in anderen Querschnittartikeln wie „Zweiter Weltkrieg“. Im Falle der Tschechoslowakei und Polens werden die „wilden“ Vertreibungen beschrieben, im Unterschied zu den mehr oder weniger organisierten „Zwangsaussiedlungen“ nach der Potsdamer Konferenz (1945), bei denen die Richtlinien allerdings „nicht immer beachtet“ worden seien. (Detlef Brandes, Krzysztof Ruchniewicz).

Eine bessere redaktionelle Abstimmung der Einzelbeiträge, um die inhaltlichen Kontexte stärker zu verzahnen und unnötige Doppelungen und Unschärfen zu vermeiden, hätte dem Lexikon sicherlich nicht geschadet. Beispielsweise werden im Schwerpunktartikel „Deportation“ u. a. die Angehörigen deutscher Minderheitsgruppen erwähnt, die aus den sowjetisch besetzten Gebieten Südosteuropas 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden – zwar mit Verweisen auf die entsprechenden Artikel zu Jugoslawien, Rumänien und Ungarn sowie zum Geschehen in Ostpreußen, nicht aber zu den Deportationen deutscher Zivilisten aus den anderen deutschen Ostgebieten. Letztere werden wiederum im Zusammenhang mit Repressionen gegen dort lebende Polen behandelt. Ein großer Teil der deutschen Zivilverschleppten wurde in die Ukraine deportiert, worüber aber im Beitrag „Ukraine als Deportationsgebiet: 1939 bis zum Anfang der 1950er Jahre“ nichts zu finden ist.

Generell ist festzuhalten, daß die einzelnen Artikel von sehr unterschiedlicher Qualität sind. Neben informativen und abgewogenen Beiträgen gibt es auch solche mit der Tendenz zur Simplifizierung und Pauschalisierung. So erscheinen z. B. im Artikel „Volksdeutsche“ die unter diesem ideologischen Begriff von den Nazis subsumierten auslandsdeutschen Minderheiten weiterhin als gesichtslose Verfügungs-

masse des NS-Regimes, ohne Angabe ihrer spezifischen Herkunft und Prägung. Daß bei der NS-Umsiedlung 1939/41 nicht *alle* „volksdeutschen“ Gruppen, sondern nur jene umgesiedelt wurden, deren bisherige Heimatgebiete nach dem Hitler-Stalin-Pakt von der UdSSR beansprucht wurden und daß diese Gebiete größtenteils schon vor der Aussiedlung der Deutschen von der Roten Armee besetzt worden waren, blendet die Verfasserin gänzlich aus. Die „freiwillige“ Bereitschaft zur Umsiedlung wird hier allein auf die „Begeisterung für das NS-Regime“ und die „Hoffnung auf materielle Besserstellung“ zurückgeführt. Übrigens waren bekanntlich nicht nur „Volksdeutsche“, sondern auch „Reichsdeutsche“ an der „Germanisierung“ im besetzten Polen beteiligt. Auch die weitere Darstellung enthält etliche sachliche Fehler. (Isabel Heinemann)

Es mutet kurios an, daß in diesem Lexikon der Vertreibungen zwar das „Zentrum gegen Vertreibungen“, das im Jahr 2000 von der BDV-Präsidentin Erika Steinbach in Verbindung mit dem Politiker Peter Glotz (SPD) initiiert wurde, und sein Gegenprojekt „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, mit dem die Herausgeber sympathisieren, sowie die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unter eigenen Stichworten zu finden sind, nicht aber der „Bund der Vertriebenen (BdV)“. Es werden nur ausgewählte Landsmannschaften behandelt, wie Schlesier, Oberschlesier, Ostpreußen, Sudetendeutsche und Rußlanddeutsche. Die Aversionen der Herausgeber gegen die langjährige organisierte Interessenvertretung der Vertriebenen in der Bundesrepublik sind offenbar zu stark. Dabei hätte der BdV eine historisch-kritische Analyse seiner Entwicklungsgeschichte seit der Gründung im Jahr 1957 gewiß verdient.

Auch ein Stichwort „Sexuelle Kriegsgewalt“ im Zusammenhang mit Vertreibungen sucht man im Lexikon vergebens, obwohl das jahrzehntelang tabuisierte The-

ma „Massenvergewaltigungen“ von Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges wie auch in anderen Kriegs- und Vertreibungsgebieten seit Mitte der 1990er Jahre intensiv diskutiert und aufgearbeitet wird.

Ute Schmidt

Föderale Archivagentur der Russischen Föderation / Staatliches Russisches Militärarchiv (RGVA) / Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Suchdienst München des Deutschen Roten Kreuzes / Volksbund Deutscher Kriegsgräberführer e. V. (Hrsg.): Orte des Gewissens von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (1941–1956). Findbuch. Dresden u. a.: Stiftung Sächsische Gedenkstätte 2010, 632 Seiten, 35,- €.

Petrov, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954. Biographisches Nachschlagwerk. Hrsg. v. MEMORIAL International, Wissenschaftliches Zentrum für Information und Aufklärung. Aus dem Russischen übersetzt von Vera Ammer. Berlin: Metropol Verlag 2010, 774 Seiten, 39,90 €.

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Hrsg.): Totenbuch sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Weesow und Sachsenhausen 1945–1950. Berlin: Metropol Verlag 2010, 374 Seiten, 24,- €.

Was die drei anzuzeigenden Publikationen eint, ist der explizit hervorzuhebende Umstand, dass sie die Nachforschungen nach vermißten und verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen und Internierten sowie die Recherchen nach sowjetischen

Geheimdienstmitarbeitern, die in Nachkriegsdeutschland tätig waren, auf eine völlig neue Stufe heben.

Das Findbuch zu den Gewahrsamsorten der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten entstand im Rahmen des internationalen Gemeinschaftsprojekts „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“, welches von der Bundesregierung getragen und von staatlichen Einrichtungen in Rußland, Weißrußland und der Ukraine – so auch von den Archiven der Innenministerien und der Geheimdienste – maßgeblich unterstützt wird. Mit diesem Nachschlagewerk kann man nun die Orte der Gefangenschaft und die dazugehörigen Friedhöfe in ihrer tatsächlichen geographischen Lage lokalisieren und teilweise auch Eckdaten zu ihrem Bestehen erfahren. Quellengrundlage bilden die Befehle über die Einrichtung, Verlegung oder Auflösung der verschiedenen Lagereinrichtungen im Staatlichen Russischen Militärarchiv (RGVA). Koordiniert von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, wurden diese Unterlagen ausgewertet und die Angaben zu allen Lagerorten, in denen sich zwischen 1945 und 1956 Deutsche befanden, in eine Datenbank eingepflegt.

Das Findbuch erfaßt vier Kategorien von Lagereinrichtungen. Zunächst sind die stationären Kriegsgefangenenlager mit Vermerken zum Standort, zur Lagernummer, Betriebszeit und Kapazität bzw. Belegung aufgelistet. Wie bei den anderen Lagereinrichtungen wurden von den Herausgebern auch hier leider keine Anmerkungen zum Problem der Quantifizierung gemacht.

Es folgt die Dokumentation der sogenannten Arbeitsbataillone, die verschiedenen Betrieben und Baustellen von insgesamt 23 Ministerien zugeordnet waren. In diesen spezifischen, nur mittelfristig existierenden Haftobjekten der Hauptverwaltung für die Angelegenheiten der Kriegsgefän-

genen und Internierten (GUPWI) mußten unter anderem auch die Ende 1944/Anfang 1945 in die Sowjetunion verschleppten deutschen Zivilinternierten Zwangsarbeit leisten. Außerordentlich wichtig für die Schicksalsaufklärung ist die Auflistung der ehemaligen Friedhöfe von Lagern und Speziallazarette. Ausgewiesen sind – was indirekt die Bemühungen um Vollständigkeit des Findbuches belegt – Grabstätten ab einem Toten.

Nur in der deutschen Ausgabe des Kompendiums wurden in einem vierten Abschnitt die verschiedenen Arten von Frontlagern auf dem Territorium der Sowjetunion und in den von der Roten Armee besetzten europäischen Ländern aufgenommen. Konkret handelt es sich dabei um Kriegsgefangenaufnahmepunkte, Frontaufnahme- und Frontübergangslager, Kriegsgefangenen-sammelpunkte, Evakuierungs- und Speziallazarette sowie um Front-Kriegsgefangenenabteilungen. Kurze Erläuterungen zu diesen Lagerstrukturen, die im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen oft ihren Standort wechselten, enthält ein Artikel des stellvertretenden Leiters des RGVA Wladimir Korotajew. Andere sehr knapp gehaltene Einführungstexte, wie zum Beispiel von Thomas de Maizière (Bundesministerium des Innern) und Rudolf Seiders (DRK), haben den Charakter von Grußworten oder enthalten lediglich Hinweise für die Benutzer der Dokumentation. Die meisten Leser werden deshalb eine vertiefende Studie mit einem Abriss zur Thematik, zum Forschungsstand und zur Aussagekraft der ausgewerteten Quellen vermissen.

Ungeachtet dessen ist das Findbuch ein unverzichtbares Hilfsmittel für Fachhistoriker sowie für Mitarbeiter diverser Such- und Auskunftsdienste. Wünschenswert wäre ein genauso vorbildlich recherchiertes und ähnlich strukturiertes Nachschlagewerk für alle in Frage kommen-

den Einrichtungen der Hauptverwaltung der Lager (GULag).

Das anzuzeigende Totenbuch für das sowjetische Speziallager Nr. 7/Nr. 1 wurde unter Federführung der Gedenkstätte Sachsenhausen zwischen September 2005 und Dezember 2007 erarbeitet. An dem von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanzierten Kooperationsprojekt waren maßgeblich zwei erfahrene Mitarbeiterinnen der Außenstelle Berlin des DRK-Suchdienstes München beteiligt. Als Quellengrundlage diente ihnen die umfassende archivalische Überlieferung der sowjetischen Lageradministration. Im wesentlichen handelt es sich dabei um sechs Totenbücher, elf Bände Totenlisten, ein zwölbändiges Lagerjournal, in welchem die Einlieferung und der Abgang registriert wurde, und Einzeldokumente des Lagers Sachsenhausen sowie um den Schriftverkehr der Abteilung Speziallager in Deutschland. Durch diese Aktenfülle liegen fast ausnahmslos von jedem Verstorbenen (Internierte, von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte und einige wenige Wehrmachtsangehörige) mehrere Registriervermerke vor. Insgesamt mußten unter Leitung der Projektverantwortlichen Dr. Ines Reich über 36 500 Einzleinträge in einer Datenbank erfaßt und quellenkritisch ausgewertet werden. Besonders kompliziert dürfte dabei die Überprüfung von Angaben gewesen sein, die sich auf Personen beziehen, die im zeitlichen Umfeld von Transporten zu Tode kamen und aus heute nicht mehr nachvollziehbaren Gründen für zwei Lagerstandorte als „Abgänge“ erfaßt wurden. Im Einzelfall, wie zum Beispiel bei dem am 27. Juli 1891 in Spandau geborenen Otto Karg, der am 24. Juni 1945 im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen kurz vor seiner beabsichtigten Verlegung in das Lager Weesow verstarb und von der entsprechenden Transportliste gestrichen wurde, können auch irrtümliche Zuordnungen vorgekommen sein.

Insgesamt erfaßte das Totenbuchprojekt die Namen von 11 890 Frauen und Männern, die vom 25. Mai 1945 bis zum Februar 1950 im sowjetischen Speziallager Nr. 7/Nr. 1 zumeist unter unwürdigen Bedingungen aus dem Leben geschieden sind. Davon verstarben bis August 1945 477 Betroffene am Vorgängerstandort des Lagers Sachsenhausen in Weesow bei Werneuchen. Durch diese fundierten Zahlenangaben konnten die teilweise stark überhöhten Schätzungen von Zeitzeugen, die von 24 bis 30 000 Toten ausgingen, nach unten korrigiert werden.

Kritisch zu hinterfragen sind die in den Unterlagen vermerkten Angaben zu den Todesursachen. Demnach verstarben im Lager Sachsenhausen die meisten Personen – etwa 30 Prozent – an Tuberkulose. Danach folgen Herz-Kreislaufkrankungen mit 20 und weitere Lungenerkrankungen mit 15 Prozent. Lediglich 10 Prozent aller Todesfälle wurden auf Dystrophie, also auf Hunger und Mangelernährung, zurückgeführt.

Das Totenbuch verzeichnet für jeden Verstorbenen Vor- und Zunamen, Geburtsjahr und -ort sowie den Tag des Ablebens. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Personennamen und Ortsbezeichnungen, die bei der Registratur oft fehlerhaft erfaßt und aus der russischen Schriftsprache ins Deutsche rückübertragen werden mußten, von ihrer authentischen Version abweichen können. In über 4 600 Fällen wurden deutsche Quellen (Verbleibsanfragen an den DRK-Suchdienst und die Gedenkstätte Sachsenhausen, Adreßbücher, Unterlagen von Standes- und Meldeämtern, Archivalien der Deutschen Dienststelle, Sach- und Erinnerungsliteratur) zur Verifizierung herangezogen und die Identität dieser Toten eindeutig ermittelt. Vielfach gibt die Dokumentation bei dieser Betroffenenengruppe auch das genaue Geburtsdatum an. Alle Namen und Geburtsorte, die man nicht anhand deutscher Unterla-

gen abgleichen konnte, wurden kursiv abgedruckt.

Das biographische Handbuch von Nikita Petrov entstand nach über zehnjähriger intensiver Recherchearbeit. Es erfaßt Offiziere der Staatssicherheit, der Organe für Inneres sowie der militärischen Spionageabwehr der UdSSR, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), in der DDR sowie im ehemaligen Ostpreußen, nunmehr Gebiet Königsberg bzw. ab 1946 Kaliningrad zwischen 1945 und 1954 im Einsatz waren. Erschwert wurde die Dokumentationstätigkeit dadurch, daß im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) in Moskau die Befehle zu den Apparaten des Geheimdienst- und Geheimpolizeibevollmächtigten in Deutschland und andere wichtige Unterlagen, wie zum Beispiel Kaderakten, für die allgemeine Forschung nicht zugänglich sind. Dadurch war der Autor auf Quellenbestände in anderen russischen Archiven angewiesen. So wertete er unter anderem die Verwaltungsunterlagen der NKWD-MWD-Speziallager im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), die Materialien der NKWD-MGB-Truppen im RGVA, die Parteidokumente im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASP) und die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über Auszeichnungen von Geheimdienstmitarbeitern aus.

Der erste Teil des Buches gibt einen umfassenden Überblick über die strukturelle Entwicklung des Apparats des NKWD-MGB-MWD-KGB-Bevollmächtigten in der SBZ/DDR, der Verwaltung Spionageabwehr bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, der Vertretungen des sowjetischen Geheimdienstes in der frühen DDR sowie des Apparats des NKWD-NKGB-Bevollmächtigten im früheren Ostpreußen.

Besonders wichtig ist dieser Abschnitt für die Rekonstruktion der Verhaftungspraxis im historischen Mitteldeutschland. Ein

Novum stellt in diesem Zusammenhang die Auflistung der Standorte aller Operativen Sektoren und Abteilungen mit den dazugehörigen Untersuchungsgefängnissen dar. Die Bezeichnungen von Straße und die Numerierungen von Grundstücken insbesondere in Berlin und dem Umland sind allerdings noch sehr ungenau bzw. fehlerhaft und bedürfen einer Überprüfung an Hand von deutschen Quellen (u. a. Angaben von Zeitzeugen, Verwaltungsakten über besetzte Gebäude).

Der zweite Teil der Dokumentation enthält über 800 einheitlich gestaltete, ausführliche Biographien von Leitern und mittleren Kadern aus den Behördenbereichen Geheimdienst und Inneres. Präsentiert werden neben den biographischen Grunddaten Angaben zur Ausbildung und Berufstätigkeit, zum Dienst in der Armee, Miliz und im Geheimdienst, zur Kommandierung in der SBZ/DDR sowie zum letzten Dienstgrad und zu diversen Auszeichnungen. In den meisten Fällen konnte Petrov die Personeneinträge durch Paßfotos aus den Dokumenten der Parteiregistratur ergänzen. Zu Kadern, zu denen keine detaillierten Informationen vorlagen, stellte er Kurzbiographien zusammen.

Hauptsächlich werden vom Autor kursorische Lebensläufe von Personen öffentlich gemacht, die während ihres dienstlichen Aufenthaltes in Deutschland geheimpolizeiliche Funktionen ausübten. Gerade sie waren für den sowjetischen Terror im Okkupationsgebiet verantwortlich. Sie führten Zehntausende Verhaftungen und Ermittlungen durch und unterzeichneten die Anweisungen für die Überstellung in die Speziallager bzw. an die Militärtribunale. Nicht ausgeschlossen ist, daß die wenigen, noch heute lebenden ehemaligen Gefangenen in der Dokumentation von Petrov ihre ehemaligen Vernehmer und Peiniger wiedererkennen. Gleichfalls ist es nun möglich, die punktuell in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur be-

schriebenen Geheimdienstmitarbeiter zu verifizieren.

Im Vergleich zu dieser Personengruppe gibt es allerdings auffällig wenige Biographieeinträge über Leitungs- und Verwaltungsoffiziere sowie über operative Mitarbeiter der Gefängnisse, Speziallager und der Filtrationslager für sowjetische Bürger. Eine umfangreiche namentliche Auflistung und Funktionszuordnung entsprechender Repressionskader legten Sacharow, Filippowich und Heinemann bereits 1999 in einer zweibändigen, russischsprachigen Publikation vor. (W. W. Sacharow, D. N. Filippowich, M. Heinemann: Materialien zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949. Wissenschaftliches Nachschlagewerk. 2. Auflage (Gewaltstrukturen der SMAD). Moskau 1999). Zu den wenigen Personen aus dieser Gruppe, die bei Petrov erfaßt sind, gehört auch der Leiter der Autowerkstatt „Schraubenmutter“ beim MGB-Operativsektor in Berlin-Hohenschönhausen, Hauptmann Viktor Kumpan. Mit seiner Erwähnung kann zum Beispiel ein alter Irrtum aufgeklärt werden. Durch eine Veröffentlichung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit von 1958 (Gerhard Finn: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone. 1945–1958. Berlin 1958, S. 41) figurierte „Kapitän“ Kumpan fälschlicherweise jahrzehntelang als Leiter des Speziallagers Nr. 3.

Das Kompendium von Petrov wird sowohl bei Wissenschaftlern als auch bei allgemeinhistorisch Interessierten auf großes Interesse stoßen. Allerdings ist die Transliteration der russischen Namen und Ortsbezeichnungen für deren Lesbarkeit und Handhabung nicht gerade förderlich. Eine Reihe von kleineren Fehlern hätte durch ein gründliches Lektorat vermieden werden können. Abschließend ist noch anzumerken, daß laut Angaben des Autors eine überarbeitete und erweiterte Auflage

2011 in einem Moskauer Verlag erscheinen soll.

Peter Erler

Kohout, Pavel: Mein tolles Leben mit Stalin, Hitler und Havel. Übersetzt von Silke Klein, Marcela Euler und Aleš Půda. Berlin: Osburg Verlag 2010, 568 Seiten, 26,90 €.

Das Leben des 1928 in Prag geborenen Schriftstellers Pavel Kohout war von Wandlungen geprägt – Grund genug, in einem umfangreichen Opus Auskünfte zu erteilen. In seinem Geleitwort zu diesen Erinnerungen schreibt Kohouts Schriftstellerfreund und Diplomat Jiří Gruša nicht von ungefähr: „Die achtzig Jahre, um die es hier geht, verkörpern die schlimmste Zeit Europas“.

Kohout schildert Begebenheiten, die unter nahezu einem halben Dutzend Regierungen unterschiedlicher Systeme seinen Lebensweg begleitet hatten. Kindheit und Jugendzeit erstreckten sich von der Ersten tschechoslowakischen Republik über die Besatzung im Protektorat Böhmen und Mähren, die kurzzeitige bürgerliche Nachkriegsrepublik bis in die Zeit des „real existierenden Sozialismus“ nach 1948. Kohout betont in diesem Zusammenhang die damalige Stärke der Kommunisten, die im Gegensatz zu anderen sowjetischen Satellitenstaaten mit breiter Unterstützung der Bevölkerung an die Macht gekommen waren.

Kohout engagierte sich für die kommunistische Jugend, und seine ideologisch motivierten Gedichte galten dem Regime als eine Art Aushängeschild. Die genaue Psychologie eines politisch Verführten wird nicht in solch einer Weise aufgeheilt, wie man sich dies bei einem derart differenziert beobachtenden Schriftsteller erwartet hätte – um so deutlicher wird jedoch sein lebenslanges Leiden an dieser frühen Verfehlung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner tätigen Reue in den vordersten Reihen der Reformen innerhalb

der KPTsch wird Kohouts Hadern mit seiner stalinistischen Jugend glaubwürdig. Bereits im Vorfeld von Dubčeks „Prager Frühling“ war Kohout in Ungnade der ideologischen Hauptverwaltung gefallen, als er auf dem legendären IV. Schriftstellerkongreß im Sommer 1967 gegen alle Widerstände der Stalinisten Alexander Solschenizyns offenen Brief gegen die Zensur verlesen hatte.

Kohouts Erlebnisse als Dissident in der ČSSR geben einen realistischen Einblick in das Denken und Handeln jenes Häufleins von Nichtangepaßten, die sich schließlich im Januar 1977 zur Bürgerrechtsbewegung CHARTA 77 zusammenfinden. Ihnen stand ein Regime gegenüber, das keine unabhängige Öffentlichkeit duldet und vor keiner Perfidie zurückschreckte, um seine Kritiker zu paralisieren. Aus einem der meistgespielten tschechischen Dramatiker wird ein „verbotener Bürger“ (Eva Kantůrková), der nichts veröffentlichen und keine Reisen in das Ausland mehr unternehmen darf. Und dennoch schreibt Pavel Kohout ungebrochen Bücher, die jedoch in der ČSSR nur im Samizdat erscheinen.

Kohouts Meisterschaft besteht in seiner unverkennbaren Mischung von böhmischem Humor und skurrilen Alltagsbegebenheiten – ganz so, wie es ihm immer wieder in seinem realen Leben widerfahren ist. Stellvertretend sei an dieser Stelle seine Ausbürgerung aus der sozialistischen Tschechoslowakei im Jahr 1979 angeführt, die er im vorliegenden Buch erstmals hintergründig schildert. Nach langen Verhandlungen an der österreichisch-tschechischen Grenze wurde sein Wagen schließlich nach Österreich geschoben. Kohout und seine Frau wurden von Grenzbeamten in den Westen getragen. Als sie auf österreichischen Boden abgesetzt waren, wurden, wie auf einer Theaterbühne, die Grenzanlagen von innen geschlossen und das Licht abgeschaltet.

Ungemein aufschlußreich fallen Kohouts Schilderungen von nicht zuletzt ideologisch motivierter Mißgunst aus, der er sich in seinen Jahren im Wiener Exil ausgesetzt sah. Besonders augenfällig geschah solches zum Beispiel an der Wiener Volksbühne, die plötzlich keine Stücke von Kohout mehr spielte. Nach dem Zusammenbruch des Systems gaben die Akten aus den geöffneten Archiven der Staatssicherheit die Antwort preis, wie ein geheimer Bericht der österreichischen KP an die tschechoslowakische Bruderpartei zeigte: „Die Leitung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat auf Initiative unserer Mitglieder der Direktion des Volkstheaters einen Brief übersandt, daß sie im Falle einer Aufführung der Stücke von Kohout auf der dortigen Bühne für die nächste Saison ihr Abonnement kündigt (etwa 200 Karten pro Vorstellung).“

Kohout polemisiert in seinen Erinnerungen gegen die westliche Linke, der er eine Mischung von politischer Naivität und Ignoranz vorwirft.

Nicht ausgeblendet werden Herausforderungen des Alltags, mit denen sich ein freischaffender Schriftsteller und Dramatiker in der westlichen Marktwirtschaft herumzuschlagen hat. Neben unerwarteten Enttäuschungen und Niederlagen begegnen Kohout aber immer auch neue Freunde und zuverlässige Partner, die seiner künstlerischen Schaffenskraft zugute kommen.

Im abschließenden Teil ist neben der Freude über die Wiederkehr der Demokratie in seine Heimat eine gewisse Bitterkeit unüberhörbar, wenn er auf persönliche Veränderungen seines ehemaligen Dissidenten-Freundes Václav Havel zu sprechen kommt. Gleichsam über Nacht war Havel nach dem Sieg der Bürgerbewegung über die herrschenden Kommunisten zum Präsidenten der Tschechoslowakei geworden. Die neuen Herausforderungen bargen für alle Beteiligten unerwartete Herangehensweisen, die zum Teil zu Befremdungen führten.

Daß dieses umfangreiche Buch von vier Übersetzern bearbeitet wurde, kann man anhand der unterschiedlichen Lesbarkeit einzelner Abschnitte erkennen. Kohouts Erinnerungen stellen nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen Begegnungen mit Persönlichkeiten aus Politik und Kultur in Ost und West ein Dokument des geteilten Europas dar. Ein Personenverzeichnis hätte dieser Ausgabe gut getan.

Volker Strebel

Niemann, Mario / Herbst, Andreas (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biografisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1945 bis 1989. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2010, 592 Seiten, 58,- €.

Mit dem vorliegenden lexikalischen Werk legen Andreas Herbst und sein Co-Autor und Mitherausgeber Mario Niemann in bewährter Weise ein weiteres biographisches Nachschlagewerk zur DDR-Geschichte vor. Es enthält kurze standardisierte Lebensläufe von 543 SED-Kadern, die als 1. und 2. Vorsitzende der Landesvorstände bzw. 1. und 2. Sekretäre der Landesleitungen, Ministerpräsidenten der Länder, bzw. ab 1952 als hauptamtliche Sekretäre der Bezirksleitungen und der Gebietsparteiorganisation Wismut sowie als Vorsitzende der Räte der Bezirke tätig waren. Damit wird erstmals das komplette regionale Funktionärskorps der DDR-Staatspartei zwischen April 1946 und Dezember 1989 in übersichtlicher Form vorgestellt. Ein Teil der erfaßten Personen gehört zu den Spitzenleuten der SED, welche parteiintern in Kaderentwicklungsplänen und Nomenklaturen erfaßt waren und nach Befähigung die Karriereleiter hinaufstiegen.

Die wichtigsten Quellen für die Erarbeitung des Lexikons bildeten die überlieferten Personalakten und Erinnerungsberichte sowie die Entscheidungsvorlagen

für das Politbüro bzw. das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) aus dem ehemaligen SED-Zentralarchiv. Dazu kommen Unterlagen aus den früheren Bezirksparteiarchiven sowie Quellen aus Kreis-, Stadt- und Universitätsarchiven. Insgesamt wurden Materialien aus über 30 Archiven zu Rate gezogen. Am ungünstigsten ist die Quellenlage für die Bezirkssekretäre, die keine ZK-Mitglieder waren. Hier gibt es große Lücken, die hauptsächlich auf Kassationen, Vernichtungen und Säuberungen der Kaderakten vor und nach 1989 sowie auf deren Herausgabe an die vormaligen Funktionsträger zurückzuführen sind. Bei dem damaligen Stellenwert der Aktenbearbeitung und -verwaltung ist auch verwunderlich, daß zahlreiche Personalunterlagen Fehler und Widersprüche enthalten. Ausgehend von dieser Problemlage und um zusätzliche Informationen zu erlangen, haben sich die Herausgeber bemüht, möglichst viele „Bezirkssekretäre a.D.“ für eine aktive Unterstützung ihres Publikationsvorhabens zu gewinnen. Von 162 befragten Ex-Funktionären bzw. deren Familienangehörigen – das sind 70 Prozent aller Kontaktierten – gab es positive Reaktionen. Somit konnte jeder vierte Biographietext von einem Zeitzeugen korrigiert, ergänzt und autorisiert werden.

Offen muß bleiben, ob es bei dieser Herangehensweise zu Weglassungen, Verfälschungen, Glättungen oder zu anderen Retuschen der Biographien gekommen ist, wie sie so oft bei den Parlamentarischen Handbüchern auf Bundes- und Landesebene vorkommen.

Die Herausgeber bemühten sich, möglichst komplette Lebensläufe der vorgestellten SED-Kader – darunter lediglich 37 Frauen (6,8 %) – zu erstellen. Die stichwortartigen und vereinheitlichten Kurzbiographien enthalten wesentliche Angaben zur sozialen Herkunft sowie zum politischen und beruflichen Werdegang: Geburtsdatum und -ort, Beruf und politi-

sche Organisation der Eltern, Schulbildung, beruflicher Werdegang und Qualifikationen, politische Entwicklung und Karriereschritte, ausführliche Darstellung der Gründe, die zum Ausscheiden aus der Leitungsfunktion führten. Unberücksichtigt blieben private Angaben zum Familienstand, die einfache Mitgliedschaft in Massenorganisationen und Auszeichnungen, da diese nach Meinung der Herausgeber „nicht immer Rückschlüsse auf individuelle Leistungen“ zulassen, und eine mögliche Zusammenarbeit mit dem MfS. Hervorzuheben ist, daß die Biographietexte der jüngeren Funktionsträger nicht abrupt mit dem Jahr 1990 enden, sondern nach Möglichkeit auch ihre Vita in der Bundesrepublik berücksichtigen.

Monieren muß der Autor dieser Zeilen zum wiederholten Male die ungenaue Bezeichnung „Angehöriger des NKFD“ (z. B. 173 und 332). Entweder es handelt sich dabei um gewählte Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland oder es sind Personen – Emigranten oder Kriegsgefangene gemeint, die für diese Organisation in irgendeiner Form tätig bzw. aktiv waren.

Betrachtet man die Kader der „mittleren Ebene“ als kollektive Einheit so spiegelt ihr Werdegang wesentliche Aspekte und Tendenzen der fast vierzigjährigen DDR-Geschichte wieder. Erstaunlich ist in diesem Kontext wie viele Leiterkarrieren nicht geradlinig verliefen und durch Amtsenthebungen und Parteistrafen einen Abbruch erlitten. Eine extreme Ausnahme stellte dabei allerdings das Schicksal von Friedrich Fellenberg dar. Der 2. Sekretär der Bezirksleitung Neubrandenburg kam wegen vermeintlicher Verfehlungen 1954 in das zentrale Untersuchungsgefängnis der Staatsicherheit nach Berlin-Hohenschönhausen und wurde im Jahr darauf zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Erste Analyseergebnisse zur Parallelität von Niedergang der DDR und Kaderpolitik der SED, so zum Beispiel zu den

Auswirkungen der zuletzt in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens vorherrschenden Stagnationserscheinungen, benennt Mario Niemann in zwei kurzen Einführungstexten. Wer an weiteren Forschungsergebnissen zu dieser Problematik interessiert ist, dem sei die 2007 erschienene Habilitationsschrift Niemanns zum Thema „Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952 bis 1989“ anempfohlen.

Dem biographischen Teil des Lexikons ist eine Übersicht über die personelle Zusammensetzung der Sekretariate der Landes- und Bezirksleitungen der SED vorangestellt. Sehr hilfreich für die Erschließung des offerierten Datenmaterials ist auch der Anhang des Handbuches, bestehend aus Personen- und Ortsregister, Abkürzungsverzeichnis und einem übersichtlich strukturierten Quellen- und Literaturverzeichnis.

Peter Erler

Gursky, André: Rechtspositivismus und konspirative Justiz als politische Strafjustiz in der DDR. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2011, 460 Seiten, 74,80 €.

„Menschenrechte“ oder „Rechtssicherheit“ waren für das SED-Regime, und insbesondere für das MfS, ein Widerspruch in sich. Denn in einem sozialistischen Staat konnte es nur eine Partei, eine Macht, eine Wahrheit, ein Recht und eine Moral geben (wobei diese fünf Dinge inhaltlich als identisch gedacht werden müssen). Deshalb stellte sich die Frage nach „Menschenrechten“ nicht: die Diktatur des Proletariats war die Verwirklichung des Menschenrechts; das internationale Verständnis – mit Grundrechten wie Meinungs-, Versammlungs- oder Religionsfreiheit – war Ausdruck der zu überwindenden kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft. Auch die Forderung nach „Rechtssicherheit“ im heutige-westlichen Verständnis mutete innerhalb dieser Ideologie wesensfremd an.

André Gursky beschreibt eindrucksvoll, und für eine Dissertation erstaunlich anschaulich, wie die Rechtswissenschaft – und besonders die Rechtstheorie – das Fundament für die politische Strafjustiz der DDR bildete. Wobei „Strafjustiz“ ein falsches Bild vermittelt: an allen Verfahrensschritten eines Strafprozesses war das MfS beteiligt, wenn nicht sogar federführend; und in vielen Fällen legten MfS-Offiziere das Strafmaß vorab fest. Die klassische „Justiz“ war damit eine reine Marionette. Das MfS konstruierte und fälschte zudem Beweise. Es setzte sich damit über das DDR-Recht hinweg und beging Rechtsbeugung in großem Stil. Dass genau dieses Verhalten – ideologisch bewertet – einen Frontalangriff auf den „sozialistischen“ Staat darstellt (wo, wie beschrieben, das Recht zugleich die Wahrheit und die Moral, vor allem aber die Parteimeinung, widerspiegelt), legt Gursky deutlich dar. Gegen vermeintliche „Staatszer-setzer“ agierte das MfS mit staatlichen Zersetzungs-Maßnahmen. Der Zweck heiligte alle Mittel, wie (früher geheime) Schulungsunterlagen der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche zeigen.

Zum ideologischen Unterbau dafür trug auch der Spiritus rector der Rechtstheorie in der DDR, Hermann Klenner (Jg. 1926). Er ist in drei politischen Systemen mitgeschwommen. Als Mitglied der NSDAP und Kriegsfreiwilliger, als führender Rechtsphilosoph in der DDR (mit bürgerlichem Reiserecht, u. a. in die USA oder nach Skandinavien) und auch im wiedervereinigten Deutschland, wo ihm linke westdeutsche Zunftkollegen bis heute die Treue halten und er in den vergangenen zwanzig Jahren eine unbedeutende Schriftenreihe im Praktikerverlag Haupe, Freiburg, veröffentlichen konnte. Eine Schriftenreihe, die freilich nicht beworben wurde, auf der Webseite des Verlages nicht verzeichnet war, von der sich nur wenige der jeweils 500 Druckexemplare verkaufen ließen. Inzwischen ist fast

der komplette Restbestand makuliert worden. Klenners publizistisches Wirken war eben nur in der DDR folgenreich – u. a. in Form ideologischer Basisinterpretation für die strafjustiziellen Alleingänge des MfS. Seine Ausführungen werden von manchen Linken heute als mit „doppeltem Boden versehene“ versteckte Kritik am Regime interpretiert. Klenners „Argumente“ gegen alle nichtmarxistischen Gerechtigkeits- und Rechtsvorstellungen, paßten zur Praxis des MfS. Gursky schreibt treffend: „Das theoretische Rüstzeug für eine solche ‚Bearbeitung‘ [kritischer Bürger, Anm. d. Rezensenten] ergab sich aus Klenners Ausführungen zur Menschenrechtsproblematik; es erlaubte dem Geheimdienst der DDR, gleichsam als Geheimpolizei entsprechend zielgerichtet zu agieren – ein Agieren mit ‚gutem Gewissen‘.“

Es bleibt die Frage, welche Bedeutung die „kleinbürgerliche und faschistische Erziehung“ (so seine glaubwürdige Selbstzuschreibung) für Klenners späteres Denken hatte. Ein Indiz für eine mögliche Kontinuität hat er selbst beige-steuert. 1986 wurde er turnusgemäß zu einem der drei Vorsitzenden der UNO-Menschenrechtskommission in Genf ernannt. Als er dort eine „antizionistische“ Rede hielt, erhob sich der israelische Delegierte und verlas Klenners NSDAP-Mitgliedsnummer mit der Bemerkung, der DDR-Vertreter sei wohl besonders zu Stellungnahmen in jüdischen Angelegenheiten berufen. Die DDR mußte Klenner abziehen. Von der *New York Post* wurde die Affäre kommentiert: „Die Ostdeutschen haben es zu ihrer regulären Praxis gemacht, anderen vorzuwerfen, ehemalige Nazis unterzubringen. Daß sie selbst in der UN von einem Ex-Nazi repräsentiert werden, ist ein interessanter Kommentar über kommunistischen Zynismus.“ Das ansonsten über NS-Verstrickungen gut informierte MfS aber wußte von Klenners Vorgeschichte im Nationalsozialismus nichts. Ob es seiner Be-

teuerung Glauben schenkte, er sei ohne sein Wissen in die NSDAP gelangt, geht aus den bislang bekannten MfS-Unterlagen nicht hervor.

Doch Klenner diente dem Regime nicht nur als Feigenblatt und Ideologe. Er war auch IM des MfS und bespitzelte als IM „Klee“ Ost- und Westdeutsche. Gursky kommt in über zwanzig Passagen seiner Arbeit immer wieder darauf zu sprechen und dokumentiert Teile der MfS-Unterlagen zu Klenner alias „Klee“ im Anhang des Buches. Gurskys eindrucksvolle Arbeit zeigt deutlich: Politische Strafprozesse dienten in der DDR vordergründig der sozialistischen Gesetzlichkeit, hauptsächlich aber dem MfS. „Rechtssicherheit“ führte nicht zur Frage „Für wen?“, sondern „Wogegen?“. Und dieses „wogegen“ war leicht zu beantworten: Die Maßnahmen des MfS richteten sich aber nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern auch gegen Recht und Gesetz der DDR – nicht nur gegen das geschriebene Recht, sondern auch gegen die „gelebte“ SED-Interpretation desselben. Dafür hat Klenner mit die Grundlage gelegt; und damit – ungewollt – auch eine Grundlage für den Untergang der DDR. In der auch für das MfS nervenaufreibenden internationalen Diskussion um „Menschenrechte“ konnte Klenner wohl Schaden von der DDR abwenden. Er selbst bezeichnete die Menschenrechte als umgerüstete „Trägerraketen für Konterrevolutionsexport“. Als der Bürgerwunsch nach Menschenrechten 1989 zum Ende des SED-Regimes führte, wird er das wohl so gesehen haben. Jetzt stand Klenner vor dem dritten Systemwechsel. André Gursky Arbeit erklärt das Denkgebäude, mit dem dieser Mann unter linken Juristen in der Bundesrepublik erstaunlich gut ankam.

Die Dissertation ist erhellend für die Aufarbeitung der Strafjustiz; ein Meilenstein zweifellos für die Aufarbeitung der Rechtstheorie in der DDR. Sie zeigt deutlich die engen Zusammenhänge dieses

vermeintlich praxisfernen Bereichs mit der Praxis des MfS. Aus diesem Grund ist auch die Struktur der Arbeit mit Klugheit gewählt: In wissenschaftlichen Analysen eingebettet finden sich – zum Teil in Interviewform – Erläuterungen über die praktisch-tatsächlichen Auswirkungen der DDR-Rechtstheorie. In dieser ganzheitlichen Form war das bisher nicht zu lesen gewesen. Der etwas sperrige Titel der Arbeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier nun endlich eine – nicht nur für Juristen – erkenntnisgewinnend zu lesende Einordnung des rechtstheoretischen Wirkens in der DDR-Strafjustiz vorliegt.

Jochen Zenthöfer

Keßler, Heinz/Streletz, Fritz: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich. Berlin: edition ost 2011, 224 Seiten, 12,95 €.

Die Verfasser waren die höchsten Generale der NVA, Keßler Armeegeneral und Minister für Nationale Verteidigung, Streletz Generaloberst, Chef des Hauptstabes der NVA und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Beide wissen, daß die Streitkräfte des Warschauer Paktes noch in den 1980er Jahren in fünf Übungen den Eroberungskrieg probten. In der Kommandostabsübung SOJUS-83 stießen

ihre Armeen bis zur spanischen Grenze vor. Keßler und Streletz „führten“ ihre Truppen bis zum 40. Kriegstag nach Dänemark, durch die „BRD“, die Niederlande, Belgien und Frankreich. In den Kommandostabsübungen bzw. Kriegsspielen BORDKANTE- 85, - 86, - 87 und - 88 wurde die Eroberung West-Berlins geübt.

Keßler und Streletz wissen, daß die NATO den Verteidigungskrieg übte, von der zahlenmäßigen Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Paktes wußte und darauf vorbereitet war, die sozialistische Allianz nach Einbrüchen bis zu 100 km in einer Gegenoffensive an die innerdeutschen Grenze zurückzuwerfen. An eine „Zerschlagung des Aggressors auf seinem Territorium“ (Originalton Ost) war nicht gedacht. Von alledem erfährt man in diesem Buch kein einziges Wort.

Die Verfasser führen den Flüchtlingsstrom aus der DDR auf die Anziehungskraft des Lebensstandards der Bundesrepublik zurück. Kein Wort verlieren sie über die Ursachen der Fluchtbewegung, über die maßlosen Sowjetisierungspolitik Walter Ulbrichts oder darüber daß es nie eine Legitimation des SED-Regimes durch freie Wahlen gegeben hatte. Zu den Gründen für die hohen Flüchtlingszahlen nach 1959 gehörten unter anderem seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum (1958) die Furcht der Bevölkerung vor einer endgültigen Grenzschießung, die Durchsetzung der Zwangskollektivierung der noch selbständigen Bauern in den Monaten Februar bis April 1960, was zu einer Verschlechterung der Versorgungslage führte. Dazu kam die Krise der Wirtschaft durch das Scheitern des Siebenjahrplanes. Daß es auch anders gegangen wäre, bewies Polen, wo damals – und später – noch 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von privaten Bauern bewirtschaftet wurden.

Die beiden Autoren empören sich über die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950, in der über die Wiederbewaffnung

der Bundesrepublik nachgedacht wurde. Sie behaupten, die Bundesrepublik sei mit der Bundeswehr in die NATO eingebunden worden, die DDR habe nachgezogen (!), habe die NVA gebildet und sich dem „Warschauer Vertrag“ angeschlossen. Sie verschweigen, daß auf Befehl Stalins schon im Jahre 1948 in der Sowjetzone mit der Wiederbewaffnung begonnen wurde und Ulbricht am 3. August 1950, beflügelt von den Erfolgen der nordkoreanischen Truppen bei der Eroberung Südkoreas, in einer Rede vor kommunistischen Funktionären in Ost-Berlin unter stürmischem Beifall ankündigte, daß Adenauer „vor ein Volksgericht gestellt“ werde, „vorausgesetzt, daß ihn nicht vorher schon ein amerikanisches Flugzeug nach Südamerika in die Emigration bringt“. Der Verhaftung des Bundeskanzlers hätte ja wohl der Einmarsch von sowjetischen Truppen und Volkspolizei-Verbänden vorausgehen müssen. Als die Kasernierte Volkspolizei im Januar 1956 in NVA – „die einzige deutsche Friedensarmee“ – umbenannt wurde, bestand sie bereits aus 120 000 Mann. In der Bundesrepublik wurden damals die ersten 1 000 Freiwilligen in die Bundeswehr eingezogen.

Die Begründung für den Buchtitel „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“ sucht der Leser bei Keßler und Streletz vergeblich. Er findet nur den dürftigen Satz: „Der Krieg wurde seinerzeit [1961] verhindert, weil ‚die deutsche Arbeiterklasse heute nicht mehr wehrlos ist, sondern über Panzer und Geschütze und alles, was zur Verteidigung notwendig ist, verfügt‘, wie Ulbricht am 18. August 1961 selbstbewußt und mit allem Recht erklärte.“

Keßler und Streletz kommen gar nicht auf die Idee, sich zu fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, durch eine andere Politik den Flüchtlingsstrom zum Versiegen zu bringen. Sie wischen diesen Gedanken mit einem Zitat bei Seite, das sie einem Gespräch entnehmen, das Ulbricht am 3. Dezember 1962 mit dem BBC-Korrespon-

denten Paul Ostreicher führte. Dieser fragte, ob es nicht Alternativen zum Mauerbau gegeben hätte, ob man nicht liberaler, menschenfreundlicher hätte handeln können. Ulbricht antwortete kaltschnäuzig: „Ich sitze an vorderster Front. Ein Soldat im Schützengraben zündet keine Zigarette an. Nur auf diese Weise konnte ich den Sozialismus retten.“ Im Gegensatz zu den beiden Autoren hat Ulbricht allerdings geahnt, daß die Bevölkerung der DDR mit den Segnungen dieses Sozialismus offenbar nicht so einverstanden war. Er fügte hinzu: „Die Früchte werden kommende Generationen ernten. Ich werde das nicht mehr erleben, ich muß den Hass meiner Bürger auf mich nehmen.“ Verteidigungsminister Hoffmann hatte am 8. und 9. September 1961 auf der Tagung der Verteidigungsminister des Warschauer Paktes ganz andere Töne angeschlagen: „Die Arbeiter und alle [sic!] Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik atmeten nach dem 13. August 1961 erleichtert auf, weil dem Treiben der Bonner Menschenhändler und Revanchepolitiker ein schnelles Ende bereitet wurde. Jetzt ist die Atmosphäre gereinigt und die Perspektive klar.“

Da die beiden Autoren über hausgemachte Gründe für den Untergang des real existierenden Sozialismus in den Jahren 1989 bis 1991 erst gar nicht nachdenken, suchen sie die „Schuld“ bei anderen und distanzieren sie sich von den sowjetischen Reformpolitikern: „Wir unterscheiden unverändert zwischen Gorbatschow, Schewardnadse und seinesgleichen einerseits und den Angehörigen der Sowjetarmee und der Grenztruppen [sic!] der Sowjetunion.“ Sie legen unter Berufung auf die Memoiren des sowjetischen Diplomaten Kwizinski Wert auf die Feststellung, daß der Mauerbau nicht von Ulbricht, sondern von Chruschtschow befohlen wurde. Ende Juni/Anfang Juli 1961 habe der SED-Chef ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Perwuchin gehabt, in dem er den

Ernst der Lage schilderte und auf schnelles Handeln drängte. Der Kreml-Chef habe daraufhin „seine Einwilligung“ erteilt, „die Grenze zu Westberlin zu schließen und mit der praktischen Vorbereitung zu beginnen“. Wie dem in der Anlage wiedergegebenen Interview mit dem ehemaligen Generaloberst Mereschko am 9. September 2010 in Wolgograd zu entnehmen ist, sollen die militärischen Vorbereitungen angeblich erst am 22./23./24. Juli begonnen haben. Der „pioniermäßige“ Ausbau der „Staatsgrenze der DDR“ sei auf ein Schreiben des Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall Konew, vom 14. September 1961 zurückgegangen, „der als Befehl zu betrachten war“. Keßler und Strelitz halten diesen „Ausbau“ für richtig. Wenig glaubhaft sind ihre Einlassungen zum Schießbefehl an der Mauer: „[...] war unser Interesse objektiv darauf gerichtet, daß so wenig wie möglich an der Staatsgrenze die Schußwaffen zum Einsatz kommen. Jeder Zwischenfall war einer zuviel. Jeder Tote machte uns betroffen.“ Die Art wie Grenzsoldaten zum Schießen „vergattert“ wurden, ist kaum mit solchen Schutzbehauptungen vereinbar. Auch die zuständigen Richter glaubten 1993 solchen Beteuerungen nicht und verurteilten Keßler und Strelitz wegen ihrer Verantwortung für die Toten an der DDR-Grenze zu mehrjährigen Haftstrafen.

Das Buch enthält sieben selbstgefällige Fotos der Autoren, darunter: „Heinz Keßler und Fritz Strelitz bei der Übergabe einer Truppenfahne an den Traditionsverband Nationale Volksarmee e. V. im Berliner Tiergarten, 5. März 2011“. Außer den beiden Generalen tragen alle Abgebildeten ihre NVA-Uniform. Im Anmerkungsapparat finden sich 161 Fußnoten. Der Anhang enthält Briefe der Marschälle Gretscho und Konew, die Niederschrift des Gesprächs Chruschtschows mit Ulbricht am 1. August 1961

und das Interview mit Generaloberst Mereschko. In seiner Diktion unterscheidet sich dieses Buch in keiner Weise von offiziellen Publikationen aus der DDR-Zeit. Manch alten Kämpfer aus NVA und MfS mag dieser Aufguß zynischer Rechtfertigungsthesen erbauen, allein die Schilderung der defizitären sozialistischen Wirtschaft im Chruschtschow-Ulbricht-Gespräch stört ein wenig das Bild von der guten alten DDR-Zeit.

Otto Wenzel

Bock, Siegfried / Muth, Ingrid / Schwiesau, Hermann (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen (III). Berlin: LIT Verlag 2010, 386 Seiten, 24,90 €.

Die drei Herausgeber haben im Jahre 2004 im LIT Verlag den Band „DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch“ herausgegeben. Im Jahre 2006 veröffentlichten sie dort den Band „Alternative Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II)“. Der vorliegende Band III ist nach dem Kapitel „Versuch einer Bilanz“ und dem Kapitel „Die Außenpolitik der DDR zwischen ‚Aufbruch‘ und ‚Umbruch‘ (Herbst 1989 bis Herbst 1990)“, für das 15 ehemalige DDR-Diplomaten Kurzbeiträge verfaßten, ein Handbuch. Es enthält eine ausführliche Zeittafel (138 Seiten), eine Zusammenstellung der DDR-Außenvertretungen und ihrer Leiter und die Kurzbiographien aller Minister, Staatssekretäre und Botschafter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR bis zum 2. Oktober 1990.

Im ersten Kapitel schildert Siegfried Bock die DDR, wo er nur kann, in leuchtenden Farben. Er behauptet, daß die „Mehrheit“ der Bürger über viele Jahre hinweg zu diesem Staat gestanden, ihn aus Überzeugung mitgetragen und mitgestaltet habe. Und er rühmt die Rolle der DDR in der UNO. Er scheut sich jedoch nicht,

Sachverhalte und Entscheidungen zu benennen, die „kontraproduktiv“ waren. So die Überlegenheit der kapitalistischen Eigentumsstruktur und der Marktwirtschaft der Bundesrepublik über das „Volkseigentum“ und die Planwirtschaft der DDR. Das Grenzregime nach dem August 1961 habe zu einem Ansehensverlust der DDR im Ausland geführt, das Abrücken von der Idee der einheitlichen Nation sei verhängnisvoll gewesen, und die konstruktive Haltung in Fragen der Abrüstung sei durch die Militarisierung innerhalb der DDR konterkariert worden.

Die Kurzberichte des zweiten Kapitels durchzieht die Enttäuschung darüber, daß die nach der Maueröffnung auf den Weg gebrachte Korrektur von Versäumnissen und Fehlentscheidungen zu spät kam. Von den aus den freien Wahlen hervorgegangenen Ministern und Staatssekretären seien die Erfahrungen des Apparats zu wenig genutzt worden, und nach der Wiedervereinigung habe kein anderes Bundesministerium eine so rigorose Abwicklung des DDR-Staatsapparats betrieben wie das Auswärtige Amt. Die Einsicht, daß die Deutschen in der DDR 1989/90 das Recht auf Selbstbestimmung ausüben durften, habe ich in keinem der 15 Kurzbeiträge gefunden.

Ingrid Muth, seit 1985 stellvertretende Leiterin der Abteilung Auslandsinformationen, schreibt, spätestens Anfang Januar 1990 habe die DDR-Außenpolitik keine Chance mehr gehabt, die Bedenken in West- und Nordeuropa gegen eine rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Interesse eines längerfristigen Prozesses der Annäherung zu nutzen. Werner Fleck, seit 1985 Leiter der Abteilung Westeuropa, zitiert aus einer Rede, die Präsident Mitterand während seines DDR-Besuchs (20. bis 22. Dezember 1989) auf dem Festbankett hielt: „Die Deutsche Demokratische Republik und Frankreich haben noch sehr viel Zukunft.“ Hermann Schwiesau, seit 1986 Leiter der

Abteilung Benachbarte Länder, schreibt, die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Länder habe kein Interesse an einem Fortbestehen oder an der Erneuerung eines sozialistischen Gesellschaftssystems, sondern nur ein Interesse an dessen Abschaffung gehabt. Gerd Vehres berichtet, wie er als Botschafter in Budapest die Endphase des Zerfalls des sozialistischen Lagers erlebte. Im Mai 1990 sei eine Konsultationsgruppe des MfAA angereist, die die ungarische Seite überzeugen sollte, den Warschauer Pakt nicht zu zerbrechen. Die DDR werde das Bündnis verlassen, aber Ungarn solle Mitglied bleiben. (Schon seit dem 12. April war Markus Meckel Außenminister!) Karl Seidel, seit 1970 für die „BRD“ zuständig, bezeichnet die Vorverlegung der Volkskammerwahlen vom 26. Mai 1990 auf den 18. März als einen Fehler, weil dadurch kaum Zeit für die Festlegung „neuer, demokratischer Strukturen“ geblieben sei. Den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 bezeichnet er als „Einverleibungsvertrag“.

Ernst Krabatsch, seit 1987 einer der sechs Stellvertreter des Ministers, schreibt, die auf dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 verkündete These von der sozialistischen deutschen Nation habe damals schon den Keim für die plötzliche außenpolitische Isolierung 1989/90 und den nachfolgenden Untergang der DDR in sich geborgen. Er habe beim Nachdenken darüber manche Position in Frage stellen müssen, die für ihn zu DDR-Zeiten selbstverständlich war. Siegfried Bock, seit 1988 Botschafter in Jugoslawien, schreibt in seinem Kurzbeitrag, daß in den achtziger Jahren stark belastete Verhältnis zu Moskau habe sich in der Endphase zu Lasten der DDR ausgewirkt. Erich Wetzl, seit 1988 Botschafter in Schweden, berichtet von einem Vieraugengespräch, das er Mitte 1990 mit Ministerpräsident Ingvar Carlsson gehabt habe. Dieser habe ihm erklärt, die Sowjetunion könne die DDR nicht fallen lassen, denn

dann zerbreche auch sie selbst als Unionsstaat.

Hans-Dieter Winter, seit 1986 Stellvertreter des Ministers, berichtet über konzeptionelle Überlegungen, die in der Zeit der Modrow-Regierung angestellt wurden. Sie enthielten unter anderem den Verzicht auf die Beeinflussung der Entwicklungsländer im Sinne einer „sozialistischen Orientierung“. Edgar Röder, seit 1984 Leiter der Abteilung Nord- und Westafrika, beschreibt den mehr oder weniger geordneten Rückzug der Leitung der SED im MfAA. Die Grundorganisation zerfiel, die Kampfgruppe löste sich auf. Jeder Mitarbeiter konnte seiner Personalakte einen tabellarischen Lebenslauf hinzufügen, wodurch sie „entideologisiert“ wurde.

Die Zeittafel zur Außenpolitik wird mit der Feststellung eingeleitet, daß die meisten außenpolitischen Aktionen der DDR auf Entscheidungen des Politbüros oder des ZK der SED zurückgingen. Darum wurden internationale Treffen, an denen die SED teilnahm, in die Zeittafel aufgenommen. Drei Beispiele:

10. Januar 1967: „Beschuß des Politbüros des ZK der SED über die ‚Lieferung nichtzivilier Güter an nationale Befreiungsbewegungen Afrikas‘.“

21. Januar 1971: „Brief von 10 Mitgliedern und 3 Kandidaten des Politbüros des ZK der SED an L. I. Breshnew mit der Bitte, Walter Ulbricht zu bewegen, als Erster Sekretär des ZK der SED zurückzutreten.“

31. Juli 1972: „Treffen führender Persönlichkeiten der Kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder auf der Krim.“

Die Reisen von Mitgliedern der Partei- und Staatsführung, deren Zweck meistens nicht genannt wird, ihre Gespräche mit Besuchern aus der Bundesrepublik und dem Ausland sowie ihre Schreiben und Vorschläge beanspruchen breiten Raum.

In den Kurzbiographien wird die mehrjährige Zugehörigkeit der betreffenden Kadaver zur ZK-Abteilung Internationale Verbindungen angegeben, selbst die Funktion des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung des MfAA. Keine Erwähnung findet die Tätigkeit als „Diplomat im besonderen Einsatz“ der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit, die sogar mit einem hohen Offiziersrang (Oberstleutnant) verbunden sein konnte.

Trotz einiger Einwände ist dieses Handbuch für jeden, der sich mit der Außenpolitik der DDR beschäftigt, unverzichtbar.

Otto Wenzel

Markus, Uwe: Waffenschmiede DDR. Berlin: Militärverlag 2010, 288 Seiten, 19,95 €

In den Forschungen zur DDR nimmt das Thema Rüstung bislang nur einen kleinen Raum ein. Um so aufmerksamer werden Neuerscheinungen dazu wahrgenommen. Uwe Markus skizziert (nicht umfassend und nicht sehr systematisch) die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der DDR-Rüstung und porträtiert unter Zuhilfenahme ausführlicher Zeitzeugenberichte elf Rüstungsbetriebe, von denen die meisten die deutsche Vereinigung nicht überlebt haben. Der Ausstoß der „besonderen Produktion“ reichte von Fallschirmen über Optik bis hin zu Maschinenpistolen, Raketen und Uran für sowjetische Atomwaffen. Komplexe und komplexe Waffensysteme standen nicht auf dem Plan; dergleichen behielt sich die Sowjetunion vor – auch, um sie den Satellitenstaaten zu saftigen Preisen in den Wehretat drücken zu können.

Auffällig an der Publikation ist zunächst der Verlag. „Militärverlag“?!? Da war doch mal was?! Richtig. Einst Publikationsbasis der Politischen Hauptverwaltung des DDR-Verteidigungsministeriums und unter einigen Namensvariationen bis zum

Zusammenbruch des SED-Staates virulent, hat ihn die Eulenspiegel-Verlagsgruppe wieder auferstehen lassen. Das ist nicht sonderlich geschmackvoll, aber geschäftsmäßig eine clevere Idee. Auferstehung feiert in diesem Buch so einiges, was an den früheren Militärverlag erinnert. Das Harmloseste davon scheint das Suchbild des NVA-Monatsmagazins „Volksarmee“ zu sein. Neben mehr oder weniger geschickt verpackter Militär- und Politpropaganda wartete die historische Postille mit aufmunternden Artikeln zum Soldatsein auf, bildete (für des Weibes zwangsweise abstinenten Soldaten nicht unwichtig) hübsche Damen ab und widmete sich der Betrachtung von – auch westlicher Kampftechnik. Und dann gab es da noch diesen Was-ist-das-Ausschnitt. Von einer winzigen Teilansicht sollte auf die Identität des ganzen Fahr-, Flug-, Schwimm- oder was auch immer Militärzeugs geschlossen werden. Bei Markus nun sieht das ganz ähnlich aus. Auf Seite 119 ist das Bild eines als Granit 30k bezeichneten Fahrzeugs zu sehen. Davon allerdings, was völlig sinnfrei erscheint, sind nur die Fahrertür und ein kleiner Teil der Holzpritsche zu erkennen. Ein Mißgriff. Wenn nicht, muß es sich hier um das Revival besagten Rate-Bildchens handeln. Das ist eine klare Herausforderung für den NVA-gedienten Rezensenten! Komisch, daß alle Indizien wie Türgeometrie, Klinkenform, Pritschengestaltung etc. klar gegen einen Ost-Armeewagen sprechen. Dabei pappt doch auf dem matt lackierten Blech ein NVA-Hoheitszeichen. Wie sich schließlich vermuten läßt, war dies wohl ein Scherz des Fahrzeugbesitzers, der sich mit einem sehr westdeutschen Borgward-LKW bei irgendeinem Oldtimertreffen unter die Vehikel des Warschauer Paktes gemischt hatte. Technik vom Klassenfeind in diesem Buch?! Das ist peinlich; geht es doch dem Autor unverkennbar darum, permanent ein Loblied der ostdeutschen Rüstungsprodukte zu singen. Auch anderes zeigt sich in dem sehr forsch argumentie-

renden Werk als falsch. So handelt es sich bei dem auf Seite 120 als (ostdeutscher) Panzerwagen SK 1 titulierten Gefährt um nichts anderes als eine neuzeitliche, private Selbstbau-Attrappe, die mit ihrem historischen Vorbild, dem sowjetischen BA 64, erkennbar wenig gemein hat. Nicht allein mit den Fahrzeugen, auch mit den Handfeuerwaffen hat es der Rüstungsexperte nicht so sehr. Wenn, wie gemeinhin anzunehmen ist, die Serienproduktion der modifizierten Maschinenpistole AK 74 im Jahre 1985 begonnen hat, dann können die auf dem Bild von Seite 12 im Jahre 1984 stramm paradierenden NVA-Offizierschüler sie nicht an die Brust drücken. Etliche weitere der im Buch gezeigten Bilder sind weit nach dem Ende von NVA und DDR entstanden, was jedoch nirgends erwähnt wird.

Was bei illustrativem Beiwerk als läbliche Sünde erscheinen mag, treibt im Text kaum übersehbare Blüten. Unter „Was wäre möglich gewesen?“ (S. 135–137) sinniert Markus allen Ernstes darüber, daß die DDR bei Fortführung einer ihrer Eigenentwicklungen, wie des Anfang der sechziger Jahre bei der NVA eingeführten Geländewagens P3, vom „Trend der westlichen Konsumgesellschaft zum Offroader“ hätte profitieren können. Die Vorstellung, der kantige Kübelwagen mit dem durstigen Motor wäre zum dann wohl einzigen automobilen Exportschlager avanciert und hätte als Trendsetter in poppiger Lackierung, mit Surfbrettern auf der Ladefläche an kalifornischen Stränden gestanden oder in edel-glänzendem (statt mattem, wie an der innerdeutschen Grenze) Grün so manchen Jäger, nebst Hund und erlegtem Wild aus bayerischen Wäldern zur Münchener Vorstadtvilla getragen, ist einfach zu schön abstrus, als sie sich in der Rezension zu verkneifen.

An solchen und anderen Stellen schlägt der erklärte und im Buch zuweilen penetrant umgesetzte Willen des Autors, „Ingenieuren, Technikern, Arbeitern und

Führungskräften [...] und jenen Militärs, die in bester soldatischer Tradition ihrem Volk dienen“, mit seinem Werk „Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, Purzelbäume. Abgesehen von der ungerechtfertigten Egalisierung sehr heterogener Gruppen, wird hier der Untersuchung ein Konzept aufgedrückt, das ihr deutlich schadet. Der Autor gibt sich bewußt parteiisch, distanzlos und unkritisch in Beziehung zu seinem Untersuchungsgegenstand, die DDR eingeschlossen. Vielfach mündet die Botschaft der ansonsten sehr detailreichen Darlegungen in eindimensionaler Betrachtung und gar Polemik – gegen die Bundesrepublik. Ein oftmals unnötig nörgeliger Unterton wiederholt eine trotzig „Wir gut, die böse“-Haltung. Unsere Waffen? Besser als die westlichen! Unsere Soldaten? Schneller als die anderen! Wenn nicht der Autor selbst so argumentiert, dann läßt er es seine Zeitzeugen tun. Am unangenehmsten fällt darunter ein ehemaliger Offizier der Arbeitsgruppe des Ministers [für Staatssicherheit] auf, der über die Ehrenhaftigkeit seiner Arbeit als „Antiterrorpezialist“ schwadroniert und das Bekenntnis ablegen darf: „Mir persönlich hat es gut getan, daß ich auf der richtigen Seite gekämpft habe.“ Jetzt lebt er seit zwei Jahrzehnten mit „richtigem Geld“ auf der „falschen Seite“ und gibt einfache Sätze von sich. Einfaches Denken. Einfache Erkenntnisse. Sein Landsknechtsbericht trägt indes nichts zum Thema des Buches bei, scheint hier aber für den Autor eine Funktion im Sinne seines Anliegens zu haben. Das kommt nicht bei jedem Leser so an, wie beabsichtigt. Betrachtet man die Bilder zu dieser Passage, findet sich darunter das größte Foto im ganzen Buch. Es zeigt einen [MfS?-] Nahkämpfer, der mit einem Karateschlag einen Stapel Dachziegel zertrümmert. Was hat das mit Rüstung zu tun? Nichts. Vielleicht ist es aber entlarvender als gedacht. Die effektivste, universellste Waffe ist immer noch der Mensch. Markus hat das wohl eher unbeabsichtigt in den Fokus der Betrachtung

gerückt. Hier wird klar, daß Rüstung im Kopf beginnt und – das Abrüstung genau dort am schwierigsten ist.

Weil das so ist, zeigt sich der Autor auch weitgehend unbeeindruckt von dem offensiven Charakter der von ihm beschriebenen Waffensysteme und Ausbildungsinhalte, vom skrupellosen Ware-für-Geld-Rüstungsexport in Krisenregionen und serviert in Fortsetzung der SED-Propaganda die Version von der „friedlichen“ Mission der sozialistischen Auf-Rüstung.

Die Fragen der Entscheidungsfindungen auf der Ebene des Staatsapparates, das widerspruchsvolle Wechselverhältnis zwischen militärischen Forderungen und den wirtschaftlichen Möglichkeiten können auch nicht alleine weitgehend von unten, von seiten der Hersteller beschrieben werden, so aufschlußreich diese Einblicke auch sind.

Zum inakzeptablen Teil der Lektüre zählt ebenso das Anrennen des Autors gegen Thesen, die niemand aufgestellt hat. Markus behauptet sie einfach. So meint er zum Beispiel, die DDR gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, sie sei ein Militärstaat gewesen. Wer sagt denn das?

Behaupten; das macht Markus oft, und für diese Argumentationsweise ist es von Vorteil, daß lediglich am Ende des Buches eine als „Quellennachweis“ bezeichnete Liste von Sekundärliteratur aufgeführt ist. Ob der Autor auch nur eine der zahlreich vorhandenen Akten zum Thema gelesen hat, bleibt unklar. Wer markante Thesen vertritt, sollte sie belegen können. Das passiert hier nicht. Statt dessen wird in der Art des schlechten Verlierers kleckerweise herumgestichelt. Diese erheblichen Mängel machen das Buch, trotz der Fülle an zusammengetragenen Details über ein bedeutungsvolles Thema, zu einer Art unausgegorener Streitschrift und rücken es ab von einer wissenschaftlich ernst zu nehmenden Auseinandersetzung. So etwas setzt allerdings auffallend

die fragwürdigen Traditionen des DDR-Militärverlages fort.

Tobias Voigt

Harzer, Erika / Volks, Willi (Hrsg.): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsche Solidarität im Systemwettbewerb. Berlin: Ch. Links 2008, 248 Seiten, 19,90 €.

Als der nicaraguanische Präsident Somoza am 17. Juli 1979 seinen Rücktritt erklärte und das Land verließ, kollabierte eine familiäre Erbdiktatur, die zwar eine lange Herrschaftsdauer vorweisen konnte, aber über denkbar wenig Legitimität verfügte, da sie in den dreißiger Jahren durch eine Militärintervention der USA an die Macht gelangt war. Überdies war Somozas Rücktritt das Ergebnis eines blutigen Bürgerkriegs, in dessen Verlauf sich der Diktator mit großer Brutalität gegen eine breite Revolutionsbewegung gestemmt hatte, die von der extremen Linken bis weit in das Bürgertum hinreichte. Da der Bürgerkrieg in Nicaragua ein internationales Medienereignis war, dessen Schrecken über Fernsehschirme und Illustriertenberichte in die Wohnstuben hinüberflackerte, war es nicht verwunderlich, daß den jungen und sympathischen Revolutionären der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), die noch dazu gemäßigt auftraten und keine Dogmatiker zu sein schienen, große Anteilnahme zuteil wurde und eine Welle internationaler Solidarität entgegenschlug. In dem hier vorliegenden Band haben sich nun Nicaragua-Aktivistinnen aus der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR versammelt, um ihre Erinnerungen an Nicaragua und die spärlichen deutschen-deutschen Begegnungen in dem mittelamerikanischen Land festzuhalten. Das Ergebnis ist ein Ärgernis.

Den wohl ärgerlichsten Beitrag hat Raimund Krämer verfaßt, der dem außenpolitischen Apparat des SED-Regimes entstammt und mittlerweile an der Universi-

tät Potsdam unterrichtet. Was er zur Entwicklung des sandinistischen Nicaraguas schreibt, entspricht der Propaganda, mit der die FSLN nach ihrem Sieg den Aufbau einer kommunistischen Diktatur zu bemänteln versuchte: Angeblich um breite gesellschaftliche Repräsentanz und eine der Blockfreiheit verpflichtete Außenpolitik bemüht, sei den Sandinisten von den USA unter Präsident Reagan ab 1983 ein zweiter Bürgerkrieg aufgezwungen worden, wobei vorwiegend Formationen ehemaliger Somoza-Gardisten zum Einsatz gekommen seien. Dabei hat mittlerweile selbst Sergio Ramírez, der ehemalige sandinistische Vizepräsident Nicaraguas, eingeräumt, daß die FSLN nach ihrem Sieg eine pluralistische Fassade aus außenpolitischen Gründen für notwendig erachtete, gleichzeitig aber im Inneren die Marginalisierung und schließlich die Ausschaltung der anderen politischen Gruppierungen betrieb. Hinzu kam eine Landwirtschaftspolitik nach sowjetisch-kubanischem Vorbild, die einen erheblichen Teil der Bauernschaft in die bewaffnete Opposition trieb und der eigentliche Auslöser für den zweiten Bürgerkrieg wurde.

Tatsächlich hätte sich die FSLN wohl nicht lange an der Macht gehalten, wenn ihr ihre kommunistischen Kumpane aus Kuba, dem Warschauer Pakt sowie Vietnam und Libyen nicht zu Hilfe gekommen wären und einen ausgefeilten Unterdrückungsapparat gleichsam frei Haus geliefert hätten. Der Forschungsverbund SED-Staat hat hierzu in seinem Arbeitspapier Nr. 33/2002 zur Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Innenministerium Kubas bereits ein Schlüsseldokument veröffentlicht: Am 12./13. Mai 1980 kamen in Ost-Berlin die Staatssicherheitsorgane der DDR, der UdSSR, der ČSSR, Bulgariens und Kubas zusammen, um darüber zu beraten, wie in Nicaragua möglichst diskret ein kommunistischer Sicherheitsapparat aufgebaut werden könne. Hierzu erfährt der Leser des Bandes von

Harzer und Volks kaum etwas. Eine löbliche Ausnahme ist hierbei der Beitrag des Militärgeschichtlers Klaus Storkmann, der die militärische Hilfeleistung des SED-Regimes für die FSLN nachzeichnet. Bereits im Januar 1980 verpflichtete sich die Nationale Volksarmee zu umfangreichen Materiallieferungen: unter anderem wurden 15 000 Maschinenpistolen AKM 8 mit 10 Millionen Schuß Munitio sowie jeweils 10 000 Handgranaten und Infanterieminen in das kriegszerstörte Land geliefert.

Informativ ist darüber hinaus noch der Beitrag des Österreichers Ralf Leonhard, der für die *taz* und zeitweilig auch für die Ost-Berliner *Wochenpost* aus Mittelamerika berichtete. Dessen erster Eindruck in Nicaragua war ein Déjà-vu-Erlebnis: „Die hölzernen Boxen, in denen die Migrationsbeamten viel zu hoch saßen und auf die Reisenden herunterblickten, kamen allen bekannt vor, die schon einmal am Bahnhof Friedrichstraße von West- nach Ost-Berlin eingereist waren.“ Der Umgang der Sandinisten mit den indianischen Minderheiten an der nicaraguanischen Atlantikküste, der zu einem weiteren Herd des zweiten Bürgerkriegs werden sollte, führte denn auch zu Konflikten zwischen Leonhard und den in Managua residierenden Vertretern der westdeutschen Solidaritätsszene. Zum Eklat kam es 1985 nach der Gefangennahme und Freilassung einer westdeutschen Biologin durch indianische Widerstandskämpfer: „Daß ich dann das erste Interview mit der Freigelassenen ungeschönt in die Zeitung brachte, sollte mich für lange Zeit zur Persona non grata in deutschen Solidaritätskreisen machen. Ihren Schilderungen entsprechend kamen die Entführer darin nicht als die blutigen Bestien aus der sandinistischen Propaganda rüber, sondern als etwas unbedarfte Halbstarke, die durch einen Zufall der Geschichte im politisch falschen Lager gelandet waren.“

Einen lebendigen Eindruck von dem Solidaritätsmilieu, mit dem Leonhard aneinandergeriet, liefert die zur SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ übergewechselte ehemalige Grüne Gaby Gottwald in einem haßerfüllten Beitrag, der eine Verstrickung der bundesdeutschen Politik in das mittelamerikanische Blutvergießen behauptet und Kritik an der sandinistischen Diktatur gleichsam zum Kriegsverbrechen umdeutet: „Sehr verdient gemacht als antikommunistischer Hetzer hat sich Heiner Geißler mit seinem Menschenrechtstribunal zu Nicaragua 1985. Er prägte für Nicaragua die Bezeichnungen Linksdiktatur, Willkürherrschaft, Einparteiendiktatur, totalitär-menschenverachtendes Regime. [...] Dieser massiven Indoktrination ausgesetzt, fielen selbst führende christdemokratische Entwicklungs- und Außenpolitiker ihren Visionen zum Opfer. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU, Professor Winfried Pinger, betrat 1983 in Nicaragua den kommunistischen Machtbereich, sah die Staatsfahne neben der Parteifahne wehen und erinnerte sich: Wie bei Hitler! Nicaragua ist ein totalitärer Staat. Wenige Monate später ergriff es den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses am selben Ort. Dr. Werner Marx riß es die alten Wunden aus dem Rußlandfeldzug auf, die er sich bei der Verteidigung von Volk, Vaterland und Führer geholt hatte. Sein halluzinöser Marsch durch die Schützengräben blieb denn auch nicht folgenlos. Zurück auf demokratischem Boden brachte er die Sache auf den Punkt: Nicaragua ist eine Diktatur.“

Wie Verdrängung und Wegsehen funktionieren, kann man in diesem Band tatsächlich an vielen Stellen studieren. So hat die Herausgeberin Erika Harzer zwar die einschlägigen Stasi-Dokumente eingesehen. Anstatt auf deren Grundlage aber ihr eigenes Engagement beim Aufbau einer Diktatur kritisch zu reflektieren, erwehrt sich ihr Ich seiner Infragestellung

durch folgende Phrase: „Um die Unterstützung der Mielke-Behörde für die ‚sensiblen‘ Bereiche in Nicaragua richtig einordnen zu können, muß zunächst die andere Seite betrachtet werden, die massive geheimdienstliche Unterstützung der Contras durch die USA, wovon bis heute nur ein Teil bekannt ist.“ Ungeachtet der ungelüfteten Geheimnisse westlicher Staaten liefert eine banale Ereignischronologie schon ein ganz anderes Ergebnis als das von Harzer angedeutete: Die Mielke-Mannen leisteten bereits zu einem Zeitpunkt ihre Aufbauhilfe, da Reagan noch gar nicht zum Präsidenten gewählt worden war und die USA und die Bundesrepublik unverdrossen großzügige Entwicklungshilfe nach Managua überwiesen. Aber wie die Schere im Kopf funktioniert, kann man bei der seit 1972 in West-Berlin ansässigen Harzer noch an anderer Stelle erfahren: „In Kreuzberg radelte ich täglich an der Mauer entlang vom Moritzplatz zum Springerhaus und ärgerte mich regelmäßig, daß Springer sich den Mauerstreifen aneignen konnte. Die Grenze markierte meinen Alltag, doch gedanklich spielte sich meine Welt unendlich weit weg davon ab.“

Michael Ploetz

Morgner, Martin: In die Mühlen geraten. Porträts von politisch verfolgten Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1967 und 1984. Weimar/Eisenach: Wartburg Verlag 2010, 400 Seiten, 16,- €.

Eine erste Auseinandersetzung mit den sozialistischen Kadern an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mußte Malte Jurgons führen, als er sich im Frühjahr 1981 weigerte, sich der NVA als Reserveoffiziers-Anwärter (ROA) zur Verfügung zu stellen. Während es aber dieses Mal noch bei einer Aussprache blieb, focht Jurgons ein halbes Jahr später einen größeren Konflikt aus. In einem Seminar sprach der Psychologiestudent sich für die Legitimität

der polnischen Solidarność aus und kritisierte das politische System der DDR. Malte Jurgons wurde daraufhin exmatrikuliert und vom Studium ausgeschlossen. Akzeptieren wollte er das nicht. Der Student erhob Einspruch gegen seine Verurteilung, zugleich erklärte er nun seine „ROA-Bereitschaft“. Der Disziplinausschuß trat daraufhin erneut zusammen und beriet den Fall. Er bestätigte Jurgons' Exmatrikulation, eröffnete dem Studenten aber nun die Möglichkeit, sich „in der Produktion zu bewähren“. Nach etwa einem Jahr als Schmelzer in einer Stahlgießerei konnte Malte Jurgons so an die Universität zurückkehren und sein Studium beenden. Sechs Jahre später stellte er einen Ausreiseantrag, der kurz vor dem Mauerfall bewilligt wurde. Jurgons verließ die DDR.

Dieses und die Schicksale sieben anderer Studenten schildert Martin Morgner in seinem Buch *In die Mühlen geraten*. Die Porträts sind so gestaltet, daß sie neben der Schilderung des jeweiligen Falls zugleich auch den Prozeß der Annäherung an ihn dokumentieren. Objektivität zu erreichen, darauf weist Morgner zu Anfang ausdrücklich hin, ist nicht sein Ziel. Statt dessen präsentiert er bewußt subjektiv eingefärbte Skizzen. So hebt der Text an mehreren Stellen deutlich die DDR-Erfahrungen seines Autors und die davon geprägte Perspektive auf sein Thema hervor. Seine eigenen Zusammenfassungen und Wertungen gestaltet Morgner mit einigem schriftstellerischen Anspruch, gerne arbeitet er zum Beispiel mit Metaphern oder mit mehr oder minder offensichtlichen Anspielungen auf literarische Werke und Figuren. Immer wieder schiebt er thematisch treffende Passagen aus Gedichten und Liedern oder Prosastücke ein. Auch die damaligen Betroffenen kommen in Form von in den Text eingeflochtenen Zeitzeugeninterviews oder eigenen Schilderungen umfangreich zu Wort. Außerdem gibt Morgner ausführlich längere Passagen, zum Teil sogar vollständige Doku-

mente aus den untersuchten Disziplinarakten wieder.

Diese collagenartige Gestaltung ist sehr gelungen, da die Skizzen so eine gewisse Offenheit gewinnen. Obwohl sie von Sympathie mit den Betroffenen und einer deutlich artikulierten Geringschätzung für die Diener des Systems geprägt sind, geraten die Porträts nicht einseitig: Zwar fällt Morgner klare Urteile, aber sein Ton ist nicht der des moralisch entrüsteten Anklägers. Er nutzt die einzelnen Fälle zur Diskussion grundlegender Mechanismen der SED-Herrschaft und zur Reflektion über zentrale Charakteristika der DDR-Gesellschaft. Dabei hat er stets die Komplexität und die Widersprüchlichkeit menschlicher Beziehungen im Blick. Der Leser wird dadurch angeregt, Fragen zu stellen, die über eine Deutung von widerständigem Verhalten und politischer Verfolgung entlang einfacher, schwarz-weißer Kategorien hinausweisen. Um nur ein Beispiel zu geben: Was hat es im eingangs skizzierten Fall zu bedeuten, wenn selbst diejenigen Kommilitonen, die in der Disziplinaruntersuchung gegen Malte Jurgons auftraten, nicht ausschließlich die inhaltlich nach Parteilinie festgelegte Argumentation vertraten und die „falsche“ Position ihres Mitstudenten tadelten, sondern gleichzeitig Jurgons zu entschuldigen versuchten? Sein Streit mit der Seminarleiterin etwa wurde auch damit erklärt, daß er wie die meisten seiner Mitstudierenden eine persönliche Antipathie gegen die als kühl und emotionslos beschriebene Frau gehegt hätte. Die Diskussion um Jurgons „Fehlverhalten“ verließ damit zum Teil das Terrain der streng geregelten politischen Sprache, und vielleicht war es dies, was eine gnädige Behandlung des Delinquenten ermöglichte.

Ein systematisches Kapitel, das man auch gut als Einleitung zu den acht Porträts lesen kann, beschließt den Band. Darin erläutert Morgner seine Herangehensweise sowie den Entstehungszusammenhang

des Buchs. Ursprünglich wurde er von der Jenaer Hochschulleitung beauftragt, als Teil eines umfangreichen Projekts zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität eine Übersicht über die in der SBZ/DDR politisch verfolgten Studenten der Hochschule aufzustellen. Man möchte dabei an eine umfangreiche Dokumentation sämtlicher bekannter Schicksale oppositioneller Studierender in Form knapper Fallschilderungen denken, wie sie kürzlich Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig zu *Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961* vorgelegt haben (Leipzig 2009). Weshalb er einen anderen Weg gewählt hat, legt Morgner in seinen lesenswerten Überlegungen zum Umgang mit den „Spuren von Opposition“ dar, die sich heute noch in Archiven und den Erinnerungen Beteiligter finden lassen. Er reflektiert in dem Kapitel zum einen Probleme im Umgang mit den Quellen, die dem Versuch entgegenstehen, eine möglichst vollständige Liste von Opfern der politischen Justiz aufzustellen. Zum anderen fragt Morgner auch danach, welche Implikationen eine solche Darstellungsform für die Betroffenen hätte und ob sich zeitgeschichtliche Erkenntnisse so angemessen vermitteln lassen.

Der Band bereichert damit nicht nur unsere Bild von der oppositionellen Szene in Jena, das sich bisher vor allem mit den Namen prominenter DDR-Oppositioneller wie Roland Jahn, Lutz Rathenow oder Jürgen Fuchs verbindet. Er zeichnet sich auch und vor allem durch Selbstreflektiertheit und ein Bewußtsein für methodische Probleme aus, das sich durch die gesamte Analyse zieht. Statt einfache Antworten zu geben, regt er zu interessanten Fragen an. Man darf gespannt sein auf die Dissertation, die Martin Morgner zu dem Thema vorbereitet.

Benjamin Schröder

Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a.: Böhlau Verlag 2011, 242 Seiten, 29,90 €.

Die Geschichte der Wissenschaften in der DDR wird kontinuierlich erforscht. Untersucht werden hauptsächlich abweichende Verhaltensweisen von Hochschulangehörigen und die Auswirkungen der Steuerungsmaßnahmen des Staatsapparates, dabei können sowohl die Vorgänge von Wissenschaftlern als auch die der Studenten betrachtet werden. In der vorliegenden Darstellung des Direktors des Universitätsarchivs der Technischen Universität Dresden sollen widerständige und oppositionellen Haltungen und Handlungen von Studenten der Lehranstalt in der DDR-Zeit untersucht und die damit verbundenen Folgen dargestellt werden.

Ausgangspunkt für diese Darstellung war eine Tagung an der TU Dresden am 30. November 2009 mit dem Titel: „Politisch motivierte Urteile und andere Formen von Repressionen gegen Studenten der TH/TU Dresden in der DDR“. Bei dieser Tagung entstand auch die Idee zur Konferenz des Forschungsverbundes SED-Staat im Mai 2010 zu Repressionen an Hochschulen in der SBZ/DDR. Die Tagung an der TU Dresden, zu der Lienert einige Historiker und viele Zeitzeugen eingeladen hatte, stellte Schicksale von damaligen Studenten vor, die außergewöhnlichen politischen Druck erfahren haben. Nun wurden diese Erfahrungen systematisiert, ergänzt und in einem Band zusammengefaßt. Lienert verzichtet dabei auf den großzügigen Abdruck der Quellen, sondern verknüpft die Geschehnisse zu einer Gesamtdarstellung. Er bezieht sich dabei auf Archivalien des Bundesarchivs, des Sächsischen Staatsarchivs Dresden, der Stasiunterlagenbehörde, des Universitätsarchivs Dresden und auf Interviews mit Zeitzeugen.

Zu Beginn der Studie reißt der Autor knapp die Schwierigkeiten an, die die

aufgeladenen Begriffe von „Opposition“ und „Widerstand“ mit sich bringen. Lienert ordnet diese Definitionen vor allem im Hinblick auf ihre Ahndung durch das System ein; seine Forschungsfrage zielt hauptsächlich auf die „Dimensionen von Opposition und Widerstand“.

Zunächst klärt er die Voraussetzungen für die jeweiligen abweichenden Reaktionen der Studenten der TH/TU Dresden. Dazu zieht er aus nachvollziehbaren Gründen immer die gesamte (hochschul-)politische Situation der SBZ und DDR heran und wertet auch Einzelschicksale von Professoren und anderen Wissenschaftlern aus. Die Gliederung der Untersuchung ist logisch und berücksichtigt alle Zeiträume der SED-Herrschaft.

Lienert beginnt mit der Darstellung der Bemühungen um die Wiedereröffnung der Technischen Hochschule Dresden, der anfänglichen repressiven Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der äußerst konsequenten Entnazifizierung an der Lehranstalt. Wie auch in den folgenden Kapiteln läßt Lienert immer wieder die Kurzbiographien der beteiligten Personen einfließen, um ihre sozialen und politischen Hintergründe aufzuzeigen. Schon relativ bald kam es gegenüber dem Lehrpersonal und den Studenten (hier auch in der Zulassungspolitik) zu politisch einschüchternden Maßnahmen, die vor allem Exempel statuieren sollten, wie der Autor quellen- und literaturgestützt zeigt. Hier werden auch Schicksale von Studienbewerbern geschildert. Die Darstellung der Anfangsjahre der TH Dresden wird abgeschlossen mit der Schilderung eines Falls, in dem Studenten im Jahr 1949 Flugblätter gegen die Wahl zum Volkskongreß hergestellt und verteilt hatten und dafür zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Lienert verfolgt in diesem wie auch in den weiteren Fällen seines Buches soweit möglich auch die weiteren Lebenswege der beteiligten Personen.

Einen weitaus größeren Raum als die Darstellung der Anfangszeit nehmen die fünfziger Jahre ein. Nach umfassender Klärung der Rahmenbedingungen stellt Lienert die mit Studentenschicksalen an anderen Universitäten und Hochschulen vergleichbaren Schicksale dar, die in der Hochphase des Stalinismus drakonische Strafen riskierten, beispielsweise für das Herstellen und Verbreiten von Flugschriften. Gegen Studenten der TH Dresden wurden mehrere Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt, andere wurden zu Gulag-Lagerhaft verurteilt. Doch auch nach der stalinistischen Phase kam es zu Protesten bei den Dresdener Hochschülern, weil es kein freiheitliches Studium gab und weil die Studenten nicht frei ihre Meinung äußern konnten. So gab es beispielsweise im Mai 1956 Proteste, weil die Hochschulleitung der TH Dresden gegen die Studenten ein Westreiseverbot verhängt hatte. Im selben Jahr kam es auch zu Sympathiekundgebungen für die Revolution in Ungarn. Es gab immer starke Kritik an der Politik des Ostblocks, wie Lienert umfassend berichtet.

Der Schwerpunkt der Studie des Universitätsarchivars liegt auf der umfangreichen Rekonstruktion um den bisher wenig erforschten Dresdner Studentenprozeß 1959. Auch hier werden zunächst ausführlich die Zusammenhänge der Vorgeschichte in der gesamten sozialistischen Hochschulpolitik erläutert. Lienert schildert, wie in den restlichen Teilen seines Bandes, die Hintergründe der beteiligten Personen. Danach stellt er umfassend die Entstehung der Dresdner Widerstandsgruppe und deren politische Ziele, inklusive des 16-Punkte-Programms dar, das hauptsächlich freie Meinungsäußerung und demokratische Hochschulkultur forderte. Lienert beschreibt die operative Bearbeitung durch das Ministerium für Staatssicherheit, die Festnahme und die Anklage in Dresden, sowie die internationale Beachtung, die der Fall erhielt. Auch

der zweite, nichtöffentliche Prozeß wird ausführlich dokumentiert, ebenso die Urteile und die weiteren Lebenswege der involvierten Studenten.

An diese detailreiche Schilderung schließt sich eine Statistik über Verhaftungen und Urteile von Studenten der TH Dresden von 1947 bis 1960 an, die auch die bisherigen Zahlen aus der Dokumentation des Verbands ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) ergänzt, da Lienert auf die gesamte Überlieferung der Dresdner Universitätsarchivs inklusive der Immatrikulationslisten und der Studentenakten zurückgreifen kann. Als Ergänzung wäre es wünschenswert, eine Aufstellung aller politisch motivierten disziplinarischen Fälle der TH/TU Dresden im gesamten Untersuchungszeitraum vorzunehmen. Ein Unternehmen, das vielleicht in Zukunft in Angriff genommen werden kann.

Desweiteren stellt Lienert – nicht mehr so umfangreich, aber nicht weniger aufwendig recherchiert – die Zeit nach dem Mauerbau, die angebliche Entlarvung einer parteifeindlichen Plattform am Physikalischen Institut, die Gründung einer oppositionellen Gruppe 1965 und die Reaktionen auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei 1968 dar und beschreibt die Auswirkungen der III. Hochschulreform auf die inzwischen in TU Dresden umbenannte Lehranstalt.

Die siebziger und achtziger Jahre werden im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrzehnten nicht mehr so ausführlich behandelt, was aber auch an den vorhandenen Fällen und der Überlieferungssituation gelegen haben mag. Wünschenswert für eine nächste Publikation wäre zudem eine ausführliche Darstellung der Ereignisse im Jahr 1989.

Matthias Lienerts Untersuchung fußt auf umfangreiche Archivstudien und Interviews sowie auf eine einschlägige Literatur. Lienert nimmt dabei die Verpflichtungen gegenüber seinen Zeitzeugen wahr, die sich einer Aufarbeitung ihrer Ge-

schichte zur Verfügung stellten. Dabei scheut der Autor auch nicht, Urteile und Wertungen vorzunehmen. Lobenswert ist sicher die umfangreiche Verwertung und Aufbereitung des zur Verfügung stehenden Materials und die Einbeziehung der betroffenen Personen. Diese Faktoren tragen zur Qualität der Studie bei.

Anita Krätzner

Bernstiel, Christoph: Die DDR und die Nachwende-Kids. Was das DDR-Bild deutscher Jugendlicher prägt. Marburg: Tectum Verlag 2011, 180 Seiten, 24,90 €.

„Das DDR-Bild vieler Jugendlicher ist erschreckend verklärt und realitätsfremd. [...] Eltern mit DDR-Biographie prägen mit ihren subjektiven Erinnerungen wesentlich die Grundhaltung ihrer Kinder. Und Medien, womöglich aus Rücksicht auf die Zielgruppe, halten kaum dagegen“. Derart spektakulär wirbt der Klappentext für den schlanken Band von Christoph Bernstiel mit dem Titel „Die DDR und die Nachwende-Kids. Was das DDR-Bild deutscher Jugendlicher prägt.“

Für seine Untersuchung setzt sich Bernstiel das Ziel, „DDR-geschichtsbildbeeinflussende Faktoren der Nachwende-Generation heraus zu arbeiten“ und Strukturen für aufbauende Forschung zu schaffen. Erreichen will er dies vornehmlich durch die Aufarbeitung des empirischen Forschungsstandes zum Wissen von Schülern über die DDR und ihren Vorstellungen vom untergegangenen SED-Staat. Die Bedeutung der verschiedenen Einflußfaktoren versucht er mit Hilfe von sechs Interviews mit Sachverständigen der Bereiche „Politik, Stiftungen, Medien, Familien, Bildungsinstitute und Lehrer“ herauszuarbeiten. Diese leitfadengestützten Gespräche bilden den Forschungskern von Bernstiels Arbeit, den er mit den Ergebnissen vier ausgewählter Studien und einer Medienanalyse kombiniert.

Bei der Bewertung des aktuellen Forschungsstands konzentriert sich Bernstiel auf vier vorrangig quantitative Studien: die „Borries-Studie“ von 1991/93, die „Arnswald-Studie“ von 2006, die „Neller-Studie“ von 1990/2004 und die „Schroeder-Studie“ von 2007/2009. Auf den ersten Blick erscheint diese Auswahl problematisch, da nicht nur unterschiedliche Zeiträume und Grundgesamtheiten betrachtet werden, sondern sich auch die Me-

thoden und vor allem die Arbeitsweisen der betrachteten Untersuchungen grundlegend unterscheiden. Bernstiel gelingt es allerdings, diese Auswahl überzeugend zu begründen, und ermöglicht mit seiner knappen Darstellung eine transparente Interpretation der Ergebnisse.

Von Borries gilt mit seiner inzwischen eher antiquarisch anmutenden Studie innerhalb der Geschichtsdidaktik als Vorreiter der quantitativen Forschung im Bereich Geschichtsbewußtsein. Von Borries' Hauptthese, daß nicht „Wissen“ bzw. „Können“ Einfluß auf Gegenwarts- und Geschichtsdeutungen hätten, sondern vor allem Moralvorstellungen, widerlegt Bernstiel mit den Ergebnissen der jüngeren und methodisch breiter aufgestellten Studien: Die „Schroeder-Studie“ kommt zu dem Ergebnis, daß mehr Wissen auch zu einem reflektierteren und kritischeren DDR-Bild der Schüler führe. Weniger explizit auf die Kategorie „Wissen“ geht die „Neller-Studie“ ein: Sie betont den Zusammenhang der Dauer der DDR-Sozialisation und der Ausprägung von nostalgischen Einstellungen zum SED-Staat, wobei diese die Wirklichkeit rückwirkend verklärten und somit von „Wissen über die DDR“ weit entfernt sind. Dies würde sich unmittelbar auf die ostdeutschen Nachwendejugendlichen übertragen, die größtenteils eine ausgeprägte „(N-)Ostalgie“ aufwiesen. Hier kann davon ausgegangen werden, daß sich „(N-)Ostalgie“ und „Nicht-Wissen“ gegenseitig verstärken.

Als wichtigste Einflußfaktoren auf das DDR-Bild deutscher Jugendlicher benennt Bernstiel die Medien, die Schule (Lehrkräfte und Bildungspolitik) und die Familie und leistet mit dieser Feststellung leider nur wenig Neues, da diese als die traditionellen Sozialisationsagenten der politischen Sozialisationsforschung gelten. Interessant sind jedoch die Schlüsse, die Bernstiel aus seinen Interviews zieht: Das DDR-Bild hänge „stark von den eigenen Erlebnissen in diesem

Staat ab“, zitiert Bernstiel den interviewten Elternsprecher: „Wer gute Sachen in der DDR erlebt hat [...], der wird sich auch immer positiv an diese erinnern.“ Dies sei laut Bernstiel vor allem für Lehrer gültig, die „in der DDR ausgebildet wurden“, aber auch für die in der DDR sozialisierten Eltern der „Nachwende-Kids“. Zentral seien hier „Verdrängungsprozesse“, die eine Überbetonung positiver Erinnerungen bewirkten und negative Aspekte in den Hintergrund drängten. Gleichzeitig würden „gewisse Aspekte der Vergangenheit bewußt oder unbewußt verschwiegen“. Die interviewte Lehrperson vergleicht diese Art der Vergangenheitsbewältigung mit der NS-Rezeption von Zeitzeugen des Nationalsozialismus: „Menschen die zu dieser Zeit lebten, berichten von ihrer Jugend, die glücklich war und von sonst nichts“. Für Bernstiel bleibt dennoch weiterhin ungeklärt, *welches* konkrete Geschichtsbild Eltern mit DDR-Biographie ihren Kindern vermitteln. In jedem Falle müsse die These, daß Eltern aufgrund von DDR-Sozialisationswirkungen eine „ungeeignete [...] Quelle [...] für objektive [...] Informationen über die DDR“ darstellten, überprüft werden. Bernstiel geht dabei leider nicht weiter auf unterschiedliche Geschichtsbilder dieser Elterngeneration ein und unterläßt somit eine Differenzierung.

Die große Stärke von Bernstiels Analyse liegt in der Verbindung der empirischen Befunde mit den Vorstellungen der „Nachwende-Kids“, dem Geschichtsbild ihrer Eltern und dem Einflußfaktor „Medien“. Weder das verklärende DDR-Bild der ostdeutschen Eltern noch das Unwissen oder Desinteresse der westdeutschen Eltern bieten den Jugendlichen fundiertes Wissen über den SED-Staat. Diese Lücke schließt unglücklicherweise die hinsichtlich der DDR einseitige Film- und Fernsehberichterstattung. Bernstiel meint, daß sich der Großteil der Themensendungen weniger „auf die historische Genauigkeit“,

sondern vielmehr auf „erzählte Geschichte“ stütze. Die Ergebnisse von Bernstiels sechsmonatiger TV-Analyse sind entsprechend alarmierend: Öffentliche wie private Sender lassen in den Jubiläumsmonaten von Mauerfall und Wiedervereinigung die „guten Seiten“ der DDR wieder aufleben. Sendetitel wie „Geheime Gefühle. Liebe zwischen Ost und West“, „DDR privat – Unser Urlaub“ oder „Das war die DDR! Stars erinnern sich!“ werden zur besten Sendezeit ausgestrahlt und stellen den Löwenanteil der DDR-Themensendungen dar; Themen wie „Die Mauer – Todesstreifen in Berlin“, vorrangig gesendet nach 22 Uhr, sind hingegen lediglich eine Randerscheinung im deutschen Fernsehprogramm.

Seine multimethodische Untersuchung beschließt Bernstiel weniger mit faßba-

ren Ergebnissen als vielmehr mit einem Verweis auf altbekannte, aber noch immer kaum beachtete Forschungsdesiderate. Vor allem die Auswirkungen der elterlichen DDR-Sozialisation auf das DDR-Bild der Nachwendegeneration und der Einfluß medialer (Fehl-)Darstellungen auf das DDR-Bild der Jugendlichen weist Bernstiel als weiße Flecken auf der Landkarte der Wissenschaft aus. Er legt hier den Finger auf eine offensichtlich weiter schwärende Wunde. Die Forschung zur „inneren Einheit“ Deutschlands gilt zwanzig Jahre nach der Vereinigung für viele als überholt. Doch sind bis heute offensichtlich weder alle Fragen an die Folgen der deutschen Teilung gestellt, noch befriedigende Antworten gefunden.

Miriam Müller